Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 45 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigenannahme nur wochentags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2

Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,30 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH., Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2. Fernruf 17 250. Postscheckkonto: Dresden 18 600. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 12. Juni 1930 — Nummer 134

Die sächsische SPD-Lügenpresse entlarvt:

Die Karten sind aufgedeckt!

Nordwest-Schiedsspruch der „Erfolg" der Berliner Arbeitsgemeinschaftsverhandlung — Lohn- und Gehaltsabbau mit Hilfe der Gewerkschaften — Rechnet ab am 22. Juni! — Organisiert den Kampf!

„Welche Folgen aber tatsächlich die Rationalisierung auf die Lage der Massen gehabt hat, wissen wir nur allzu gut. Millionen liegen auf die Straße, und augenblicklich ist man dabei, ihnen ihre kärgliche Arbeitslosenunterstützung noch zu beschneiden." (Dresdner SPD-Organ von gestern zum Nordwest-Schiedsspruch)

„Rationalisierung. In Uebereinstimmung mit der Reichsverbanddenkschrift halten wir die Rationalisierung . . . für eine der wichtigsten Voraussetzungen der Wohlfahrtssteigerung."

(Aus der Denkschrift des ADGB vom Februar 1926)

Dresden, 12. Juni.

Das sächsische Proletariat steht im Wahlkampf. Die Wahlbetrüger rühren die Trommel zum Stimmenfang. Bürgerblock, Nazis, „linke" SPD-Führer, sie alle entdecken ihr Herz für die hungernden Massen, wollen ihre begangenen Verbrechen vergessen machen und nach den Wahlen sich zu neuen zusammentun. Unsere beiden oben angeführten Zitate sind ein Beispiel für das Ausmaß des gegenwärtigen Wahlbetrugs. Doch damit nicht genug. Wir haben behauptet, daß der Nordwest-Schiedsspruch, der einen allgemeinen Abbau der Löhne und niedrigen Gehälter einleiten soll, das erste Ergebnis der neuen Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen zwischen Bürgerblock, Kapitalisten und der Gewerkschaftsbürokratie der verschiedenen Richtungen ist. Ohne nicht der prinzipiellen, wenn auch mit einigen demagogischen Vorbehalten versehenen Bereitschaft der Bürokratie zum Abbau der Löhne und Gehälter gewiß zu sein, würden Kapitalisten und Schlichter ihre Provokationen nicht wagen. Unsere Behauptungen werden 100prozentig bestätigt. Während das Zentralorgan der SPD, der Vorwärts, in seiner gestrigen Ausgabe lediglich schreibt:

„Gegenwärtig stehen bekanntlich die Spitzenorganisationen der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften in Verhandlungen darüber, wie die Wirtschaftskrise überwunden werden kann",

deckt gestern das Organ der westdeutschen Großindustrie, die Kölnische Zeitung offen die Karten auf:

„. . . es war ja bekannt, daß Vertreter von Arbeitgeber- wie von Arbeitnehmerseite in vorhergehenden und in gleichzeitigen Aussprachen zu starken Annäherungen in ihren Ansichten über die Mittel, die zur Beseitigung der Wirtschaftskrise erforderlich werden, gekommen sind. Auch in den Nachverhandlungen zum (Nordwest-) Schiedsspruch selbst ist nicht mehr so sehr der prinzipielle Gegensatz, hier Kapital — hier Arbeit, mit der Schärfe der früheren Fälle zutage getreten.

. . . Diese Hoffnung, daß man an die Lösung unserer wirtschaftlichen Nöte nur in gemeinsamer Arbeit herangehen wird, wird gestärkt durch den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zwischen dem Reichsverband der Industrie, der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, mit den Vertretern der Gewerkschaften. Man ist in dem Grundsatz einig geworden, daß die Arbeitslosigkeit durch eine Senkung der Erzeugungskosten (lies: Lohn- und Gehaltssenkung) **bekämpft werden müsse . . . So steht der Spruch von Oeynhausen an der Schwelle einer besseren Zusammenarbeit von Arbeiter und Unternehmer und an der Schwelle besserer Zeiten."** (Für die Kapitalisten — d. Red.).

Hier sind die Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen zwecks Lohn- und Gehaltsabbau, Verstärkung der Schlichtungsfesseln, Streikabwürgung, Unterstützungsraub offen aufgedeckt. Die „linke" SPD-Presse in Sachsen leugnet nach wie vor, beschimpft uns Kommunisten als „Verleumder und Lügner". Die „linken" SPD-Führer unterlassen es, in Betrieb und Gewerkschaften, in den Massenorganisationen einen Proteststurm zu entfesseln, das Verbrechen der Gewerkschaftsbürokratie mit der Organisierung revolutionärer Massenkämpfe zur Niederringung des Bürgerblockes zu beantworten. Statt dessen bringt die Dresdner Volkszeitung von gestern die Aufforderung, sozialdemokratisch zu wählen, die Partei der Gewerkschaftsbürokratie zu wählen, deren „Opposition" gegen die Bürgerblockherrschaft ein grandioser Verrat am Proletariat ist.

Kein Arbeiter, kein Angestellter wird diese Partei wählen, kein sozialdemokratischer Arbeiter, der sich nicht aufs neue an die Bourgeoisie verkaufen lassen will, wird Wahlarbeit für die verräterischen Führer leisten, er wird kämpfen mit der Kommunistischen Partei, Kämpfe organisieren unter Führung der RGO.

Das rote Sachsen wird den Verrätern am Proletariat antworten am 22. Juni! Es wird Kommunisten, Liste 3, wählen!

Die Kehrseite der „Wirtschaftsnot"

Ein 357-Millionen-Geschäft

Younganleihe aufgelegt — Nieder mit dem Youngplan! — Wählt Kommunisten!

Dresden, den 12. Juni.

Gestern erfolgte die Einigung der internationalen Bankiers über die Auflegung der Younganleihe. 300 Millionen Dollar sollen Deutschland zur Verfügung gestellt werden. Dazu kommen die riesigen Profite der Banken, die Gesamtanleihe soll somit 350 Millionen Dollar betragen.

Die einzelnen Staaten sind an der Anleihe beteiligt mit 98½ Millionen Dollar für die USA, 2515 Millionen Franken Frankreich, 12 Millionen Pfund Sterling England, 73 Millionen Gulden Holland, 110 Millionen Lire Italien, 110 Millionen Kronen Schweden, 92 Millionen Franken die Schweiz, 36 Millionen Mark Deutschland. Der Ausgabekurs soll 90 Prozent und für Frankreich voraussichtlich 86 Prozent betragen. Der Zinsfuß für die Anleihe ist auf 5½ Prozent festgesetzt. Die öffentliche Zeichnung dieser Anleihe soll am 12. und 13. dieses Monats erfolgen. Das Kapital und die Zinsen der Anleihe werden ohne Abzug irgendwelcher gegenwärtiger oder zukünftiger deutscher Steuern ausgezahlt.

Ein riesiges Geschäft, das die internationalen Bankhyänen auf Kosten der Werktätigen in Deutschland machen, ein Ausplünderungsplan, an dem der waschechte Arier und Reichsbankpräsident Dr. Hans Luther aktiv mitgeholfen hat. Die Profite der internationalen Bankhyänen betragen für ihre „schwere Arbeit" 50 Millionen Dollar, das sind rund 210 Millionen Mark. Die an der Anleihe beteiligten Kapitalisten, Industriellen usw. verdienen glatt 10 Prozent bei der Zeichnung, die, wie oben gemeldet, nur zu 90 Prozent höchstens erfolgt, das heißt: Wenn Hitlers Freund, Emil Kirdorff, sich mit einer Million an dem Geschäft beteiligt, so braucht er nur 900 000 Mark zu zeichnen, erhält aber 1 Million verzinst und später zurückgezahlt. Der gesamte Profit aller an der Ausbeute beteiligten Kapitalisten beträgt somit 85 Millionen Dollar oder 357 Millionen Mark.

Während also den Ausbeutern hunderte Millionen glatt in den Rachen geworfen werden, greift diese Räuberbande die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten an. Nationalsozialisten, Bürgerblock und SPD-Führer haben seit Monaten in trauter Gemeinschaft Steuern und Zölle ins Unermeßliche gesteigert. Diese Vorarbeit zur Ausplünderung der Massen diente keinem anderen Zweck, als den großen Räubern die Massenausplünderung zu sichern.

Die Hakenkreuzler betreiben eine demagogische Agitation. Sie, die die unverschämten Massensteuern des Brüning-Kabinetts mitbeschlossen haben, ebenso wie die SPD-Führer, schwätzen jetzt vom Verrat der Youngparteien und „fordern" „Generalstreik gegen Younggesetz". In ihrem Blättchen erklären sie, „wer den Youngplan anerkennt, muß auch seine Ausbeutungsgesetze anerkennen".

Sagt diesen Betrügern, ob nicht Frick in Thüringen den Youngplan durchführt?! Wo ist Fricks Aufruf an die Beamten zum Generalstreik gegen Young? Wo, wenn ihr irgend etwas in Betrieben und Büros zu melden habt, sind von euch derartige Beschlüsse gefaßt und durchgeführt? Nirgends!

Diskutiert darüber! Klärt auf!

Krise und Ausweg

I.

Nachstehend beginnen wir mit einer Artikelserie, die sowohl für unsere Wahlagitation wie auch für eine klare ideologische Einstellung des Proletariats gegenüber den sich in schnellem Tempo verschärfenden Wirtschafts- und Klassenbeziehungen von großer Bedeutung ist. Insbesondere Theorie und „Rettungsprogramme" der „linken" SPD-Führer sollen dabei eine eingehende Entgegnung finden. Die Red.

Dresden, 12. Juni.

Kn. Die allgemeine Entwicklung des Nachkriegskapitalismus wird von einem entscheidenden, unlösbaren Widerspruch beherrscht: der infolge Technik und Rationalisierung rapid zugenommenen Produktivkraft der „rationalisierten" Arbeit, der ständig wachsenden Ueberproduktion einerseits, der immer mehr zusammenschrumpfenden Aufnahmefähigkeit der Märkte andererseits. Der unmittelbare Zweck und das bestimmende Motiv der kapitalistischen Produktion ist die Produktion von Mehrwert, die allgemeine Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse nur insoweit, als damit der kapitalistische Profit realisiert wird. Dieser Antagonismus, dieser Widerspruch, wird solange bleiben und sich ständig in neuen, größeren Katastrophen offenbaren, als die auf Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgebaute kapitalistische Wirtschaftsordnung herrscht, bei weitgehender Vergesellschaftung der Arbeit und Produktion die Aneignung des Arbeitsertrages privat bleibt.

Der latente Widerspruch der nachkriegskapitalistischen Entwicklung mußte in dem Augenblick zur offenen Entfaltung, zur Katastrophe führen, als mit den Jahren 1926 bis 1928 die Neuausrüstung der Betriebe durchgeführt, der Produktionsapparat mit Volldampf zu arbeiten begann und die riesenhaft gewachsene Produktionskapazität sich zu einem katastrophalen Verhältnis, zu einer relativ und teils sogar absoluten Absinkung der Kaufkraft auswuchs. Das ist die entscheidende Grundlage, auf der die gegenwärtige akute Weltwirtschaftskrise beruht.

Selbst die stupidesten bürgerlichen Kulturforschungsinstitute, selbst die gerissensten reformistischen Apologeten der Bourgeoisie können heute nicht mehr leugnen, daß die gegenwärtige Krise, die durch den Eintritt Amerikas in die Krisenphase beschleunigt, vertieft und verbreitert wird, sich zu einer allgemeinen Weltwirtschaftskrise tiefsten Ausmaßes auswächst. Mehr als 17 Millionen Menschen sind in den kapitalistischen Industrieländern ohne Arbeit. Die strukturelle Erwerbslosigkeit der Nachkriegszeit erfährt eine sprunghafte Vergrößerung. Für Deutschland signalisiert die bürgerliche Presse kommenden Herbst 5 Millionen Erwerbslose. Die betriebstätigen Arbeiter und Arbeiterinnen werden von einer Lohnsenkungsoffensive heimgesucht, Beschneidung der Sozialfürsorge, faschistische „Spar"politik mit den Mitteln eines ungeheuren Zoll- und Steuerwuchers erweitern das Maß der Ausbeutung der arbeitenden Massen als Produzenten und Konsumenten. Die wachsende Zahl der Bankrotte, Aktienstürze, Ruin von Millionen von Existenzen sind die Formen, in denen die finanzkapitalistischen Räuber die Unkosten der Krise auf die selbständigen Klein- und Mittelproduzenten abzuwälzen versuchen. Der Versuch der Kapitalisten, durch neue Rationalisierung, Senkung der Gestehungskosten die Wirtschaft „anzukurbeln", den Export nach ausländischen Märkten zu beleben, führt zur weiteren Senkung der Kaufkraft der Massen, vergrößert die Absatzkrise, verbindet die kapitalistische Schleuderkonkurrenz auf den Märkten mit verschärften Zollkriegen, neuen Zollmaßnahmen zur Sicherung des einheimischen Marktes, führt zu weiteren Rüstungen und verschärften imperialistischen Konflikten, um die Neuaufteilung der Welt.

Aber das Kennzeichen der gegenwärtigen Krise, die auf dem Boden der latenten kapitalistischen Nachkriegskrise erwachsen ist, ist die gleichzeitige Verbindung zwischen Industrie- und Agrarkrise. Mit der imperialistischen Entwicklung des Kapitalismus haben sich riesige koloniale Kontinente zu Rohstofflieferanten der kapitalistischen Länder entwickelt. Die Imperialisten zwingen sie, nur solche Produkte herzustellen, deren die Industrie der Mutterländer bedarf, ohne Rücksicht auf die elementarsten Lebensbedürf-

nisse der kolonialen Völker. Die Einschränkung des industriellen Rohstoffverbrauchs, die wachsende Ergiebigkeit der agrarischen Produktion infolge technischer Rationalisierung, der rapide Rückgang der Kaufkraft der arbeitenden Massen hat zur Uebersättigung der agrarischen Märkte und damit zu katastrophalen Preisstürzen geführt. Schutzlos dem Angriff des monopolistischen Kapitals der Industrieländer preisgegeben, ist mit dem Preissturz ihrer Produkte der Ruin Millionen von Kleinbauern, von Farmern, von Pächtern verbunden. Der Differenzierungsprozeß zwischen Großagrariern, deren Betriebe technisch ausgerüstet und der Krise gegenüber widerstandsfähiger sind und den Millionen von bäuerlichen Klein- und Mittelproduzenten schreitet schnell und erbarmungslos vorwärts. Auf dem Boden dieser Agrarkrise, vor allem in den Kolonialländern, wächst neben Ruin, überfüllten Märkten und Hungersnot der nationale und soziale Befreiungskampf der geknechteten Kolonialsklaven. Je mehr sich das industrielle Proletariat der Kolonien als Hegemon der Revolution in die vordersten Schlachtreihen notschiebt, die Führung an sich reißt, desto blutiger antworten die imperialistischen Unterdrücker. Der „Arbeiterparteiler" Macdonald watet im Blut der indischen Arbeiter und Bauern. Die Aufstände in China und Südafrika, in Samoa und Haita, in Palästina und Indochina werden trotz Giftgas und Bombenflugzeugen sich nur um so mächtiger, alle imperialistische Gewaltherrschaft niederreißend, erheben.

Das ist das Zerrbild der weltkapitalistischen Hunger- und Blutordnung. 17 Millionen ohne Arbeit und Brot, die Peitsche der Rationalisierung für die, die noch nicht draußen liegen, den Bettelsack für die Millionen von Kleinproduzenten. Ueberfluß an Produktion und Zerstörung der Produktivkräfte zur „Behebung" der Krise, Ueberfluß und Vernichtung von Getreide und Hunger und Not in ganzen Ländern — das sind wahrhaftig keine „Elemente eines organisierten Kapitalismus", einer fortschreitenden „Wirtschaftsdemokratie", das ist wahrhaftig kein Sozialismus mehr, „wohin wir blicken". Und doch haben bis vor kurzem noch die reformistischen Führer der Amsterdamer und Londoner Internationale das alles behauptet und als ihr Evangelium den hoffenden Massen verkündet.

Als die Kommunistische Internationale die kurzfristige Konjunkturperiode 1924 bis 1927 als eine „teilweise Stabilisierung des Kapitalismus", eine „Pause zwischen zwei Wellen der Revolution", auf deren Boden sich nur um so schärfer alle kapitalistischen Widersprüche entwickeln, bezeichnete, wurde sie verhöhnt ob ihrer „Revolutionsspielerei". Als das 10. Plenum der Exekutiv-Sitzung der Kommunistischen Internationale anläßlich des Neuyorker Börsensturzes eine „schnell heranwachsende Weltwirtschaftskrise" deklarierte und feststellte, „der heutige Kapitalismus ist bereits dahin gelangt, wo die Eigentumsbeziehungen mit einer Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse gar nicht mehr zu vereinbaren sind", schwenkten die Reformisten das Sanierungsprogramm des amerikanischen Präsidenten Hoover und verkündeten eine „neue Epoche des Aufstiegs im Dollarland".

„Organisierter Kapitalismus", „Wirtschaftsdemokratie", „Rationalisierung" waren jahrelang hindurch die Irrlichter, die die Führer der Zweiten Internationale und der deutschen Sozialdemokratie dem durch die Oktoberniederlage geschwächten Proletariat vorantrugen, statt das Bewußtsein des Proletariats auf die unaushaltbare große Auseinandersetzung einzustellen und den Kampf zu organisieren.

Sie waren es, die mit ihrer Lehre vom „allmählichen Hineinwachsen in den Sozialismus" die kapitalistische Rationalisierung guthießen und unterstützten, die doch nur eine reaktionäre Methode zur gesteigerten Ausbeutung der Arbeiterklasse war.

Ihr Evangelium der „Wirtschaftsdemokratie" war es, das von der Bourgeoisie bewußt gefördert wurde, um die Arbeiter in einer für ihre Wirtschaftskämpfe günstigen Konjunkturphase vom Kampf abzuhalten.

Abwürgung aller Streiks, Verrat an den englischen Bergarbeitern, Verrat an den Nordwestarbeitern im Jahre 1928. Herausschmiß der Opposition aus den Verbänden, alle diese Schandtaten mit der Lüge verteidigend, daß das „Geschwätz der Kommunisten" ob der unüberbrückbaren Gegensätzlichkeit zwischen Bourgeoisie und Proletariat nur der „Aufhetzung der Arbeiter untereinander", den „Staatsinteressen der Moskowiter" diene. Das Trugbild von „organisiertem Kapitalismus", von den sich entwickelnden „sozialistischen Elementen im Rahmen des Kapitalismus" liegt heute sichtbar für jeden auf dem Scherbenhaufen des kapitalistischen Chaos. Der „Ausweg", den die reformistischen Führer jahrelang den Arbeitern gezeigt haben, war kein Ausweg, sondern ein Weg in den Sumpf. Es wären keine gerissenen Arbeiterbetrüger, würden sie jetzt nicht vergessen machen wollen, was sie jahrelang gesagt haben, würden sie nicht heute neue, andere „Rettungsprogramme" aufstellen, um die parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitermassen erneut an den Wagen des verfaulenden Kapitalismus zu ketten. Aber auch jetzt noch jeden Augenblick bereit, sobald es die Situation erlaubt, ihre alten bankerotten Theorien aufs neue aufzufrischen; wie in der Vergangenheit, auch jetzt und künftig ihre unlösbare Verkettung mit der kapitalistischen Ausbeuterordnung in der Praxis zu demonstrieren.

Das zu verhindern, ist unsere Aufgabe. Diese Aufgabe ist um so notwendiger, als die sächsischen „linken" SPD-Führer angesichts der bevorstehenden Wahlen mit den radikalsten Phrasen um sich werfen. Wir müssen deshalb alle jene programmatischen Feststellungen der reformistischen Führer den arbeitenden Massen in Erinnerung rufen, die sie gestern noch anbeteten und heute verbrennen wollen. Wir müssen den neuen „Rettungsprogrammen" dieser Arbeiterverräter entgegensetzen das einzige Rettungsprogramm des Proletariats, das Programm des Kommunismus, das Programm der Organisierung der proletarischen Revolution! Weitere Artikel sollen diesem Zweck dienen.

Verstärkte Kampffront in Mansfeld

Halle, 12. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Seit gestern gehen die kämpfenden Mansfelder Arbeiter dazu über, die Kampffront zu verstärken. So wurde durch rote Streikposten die Chamotte-Koch-Hütte stillgelegt. Das Werk wurde von Streikbrechern bedient, die durch das reformistische Argument von den „Notstandsarbeiten" begünstigt wurden. In den letzten Tagen ist eine Verstärkung der Kampffront eingetreten. Seit einigen Tagen haben in Eisleben, Hettstedt und Gerbstedt Speisungsaktionen der Internationalen Arbeiterhilfe eingesetzt.

SPD-Oberpräsident ordnet Gehaltsabbau in Berlin an

Berlin, den 12. Juni.

Der sozialdemokratische Oberpräsident der Mark Brandenburg hat seine Autorität dahingehend geltend gemacht, daß infolge der verfahrenen Finanzlage der Reichshauptstadt die Gehälter der Stadtbeamten gesenkt werden sollen.

Wachsende Massenempörung gegen die Faschistenpest

Antikommunistenhetze der „linken" SPD-Führer — Die proletarische Antwort: Stärkung der antifaschistischen Front und Wahl der Liste 3!

Berlin, 12. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Der sozialdemokratische preußische Innenminister hat einen Erlaß an die Polizeibehörden herausgegeben, in dem er das Tragen der Uniformen der Hakenkreuzlerpartei und deren Nebenorganisationen verbietet.

*

Dieser Erlaß des SPD-Ministers Waentig ist die Folge des ungeheuren Druckes, den die Arbeitermassen auf die SPD ausüben, aber gleichzeitig doch nur eine elende Demagogie der SPD-Führer; denn die Mordriegen der Nazis werden nunmehr in Zivil ihren blutigen Terror ausüben. Während der RFB radikal verboten wurde, genießen die Nazis weiterhin den gesetzlichen und polizeilichen Schutz. Selbst die bayrische Faschistenregierung, die als erste das Uniformverbot aussprach, mußte Konzessionen an die über die faschistischen Banditen empörten Massen machen. Wie groß der Haß der Massen gegen die Hitlerbanditen ist, zeigt folgende Meldung:

Redeverbot für Frick

München, 12. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Die bayrische Regierung hat die angekündigte Kundgebung, in der auch Nazi-Frick sprechen sollte, verboten. Als Begründung gibt die bayrische Bürgerblockregierung an, daß sie sich durch die aufreizende Sprache, mit der diese Kundgebung propagiert wird, „beleidigt fühle".

Justizterror gegen revolutionäre Arbeiter

Beuthen, 12. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Ein außerordentlich scharfes Urteil fällte das Beuthener Schöffengericht. Es verurteilte einen Arbeiter als „Anführer" zu 9 Monaten Gefängnis, vier weitere zu je 6 Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist und hohen Geldstrafen. Der Anklage lag ein Zusammenstoß zwischen provozierender Polizei und Bergarbeitern nach einer Kundgebung zugrunde.

*

Dieses unerhörte Klassenurteil beweist, wie brutal die Klassenjustiz des Ministeriums Braun (SPD) gegen Arbeiter das Zuchthausgesetz Severings in Anwendung bringt. Die SPD, als gefügiger Lakai des Trustkapitals, verfolgt rücksichtslos jede selbst „demokratische" Regung der revolutionären Arbeiter.

Engelbert Grafs Hetze gegen die Kommunisten

Engelbert Graf versucht, die Schande der SPD-Führer zu rechtfertigen. In der gestrigen Dresdner Volkszeitung schreibt er:

„... Heute noch liefern sich NSDAP und KPD erbitterte, blutige Straßenschlachten, morgen vielleicht schon werden sie zusammen operieren, wie sie es im Reichstag schon seit langem gewohnt sind. Pack schlägt sich, Pack verträgt sich ..."

Diese Sätze zur Infamierung der sich gegen die faschistischen Banditen wehrenden Arbeiter zeigen, wie schändlich die Graf und Co. gegen die wachsende antifaschistische Einheitsfront der Arbeiter hetzen. Jeder Arbeiter, ob SPD- oder KPD-Arbeiter, jeder parteilose Proletarier wird daraus erkennen, daß die „linken" Führer, ebenso wie die Faschisten, nur mit anderen Mitteln — im Dienste der Ausbeuter stehen. Die Antwort aller ehrlichen Arbeiter, die es ernst nehmen mit der antifaschistischen Abwehrfront, ist die

Wahl der Liste 3!

Ueber 3 Millionen ohne Brot und Arbeit

Berlin, den 12. Juni.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. Mai ist trotz Hochsaison die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger nur um 80 000 (gegenüber 130 000 im vorigen Berichtsabschnitt) zurückgegangen, während die Zahl der Krisenunterstützten um rund 15000 gestiegen ist. Insgesamt beträgt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 2 637 000. Dazu kommen 350 000 Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, so daß die Gesamtzahl sogar nach amtlichen Berichten 3 Millionen übersteigt. Ein beginnendes Weichen der Depression sei nicht abzusehen.

Rüstet zum roten Landsonntag am 15. Juni!

Reichsbannerarbeiter versagen Hörsing die Gefolgschaft

Ganze 7800 Demonstranten beim Reichstreffen des Reichsbanners

Mit vielem Geschrei hat das Reichsbanner sein Magdeburger Bundestreffen zu Pfingsten und die SPD-Presse zehntausende Teilnehmer angekündigt, die in Magdeburg aufmarschieren würden. Die „Stärke und die Kraft des Reichsbanners, des Schutzes der Demokratie", sollte wieder einmal mit aller Deutlichkeit demonstriert werden.

Wurde demonstriert und fiel recht kläglich aus. Im Gegensatz zu dem Bundestreffen von 1925 in Magdeburg, wo es den Hörsing und Konsorten noch gelungen war, zehntausende unnebelte und ungarnte Arbeiter nach Magdeburg zu bringen.

Ganze 7800 Mann marschierten im Zuge und ihre spärlichen „Frei-Heil"-Rufe wurden von den noch spärlicheren Zuschauern nicht beantwortet.

Die Reichsbannerarbeiter, die in Magdeburg waren, werden der kapitalistischen Republik der Hörsing u. Co. die beste Antwort geben durch Wahl der

Liste 3!

Noch eine gründliche Antwort an den Ueberläufer Nischwitz

Erklärung des Genossen Mildenstren gegen den Renegaten Nischwitz

Der zur Partei des organisierten Arbeiterverrats übergetretene Renegat Nischwitz beruft sich in seiner Begründung für den Uebertritt auch auf meinen Namen. Ich habe hierzu zu erklären:

Die Sozialfaschisten versuchen in ihrer Presse als auch in ihren öffentlichen Versammlungen mit diesem am proletarischen Klassenkampf zum Verräter gewordenen Nischwitz für sich politische Geschäfte zu machen. Sie merken dabei nicht, daß die klassenbewußten Arbeiter über solche Elemente, die die Reihen der einzigen Arbeiterpartei verlassen und in das Lager ihrer Feinde überlaufen, längst das Urteil gesprochen hat.

Nischwitz, der noch am Tage vor seinem verräterischen Schritt mit mir persönlich gesprochen hat, getraute sich nicht, mir gegenüber etwas von seinem Uebertritt zur Partei eines Zörgiebel und Fleißner zu sagen.

Seine ganzen Reden waren weiter nichts als Reden eines verzagten Spießbürgers, der mit dem proletarischen Klassenkampf nichts mehr gemein hat.

Die Tatsache, daß dieser Renegat mir gegenüber seinen Verrat nicht einzugestehen wagte, ist der beste Beweis für seine politische Verlumpung und Charakterlosigkeit. Und mit solchen Elementen versucht die SPD, gegen die Partei des Proletariats den Kampf zu führen?

Nischwitz besitzt weiter die Gemeinheit, seine persönliche Unfähigkeit mit Verleumdungen gegen das ZK und die BL Sachsen zu verschleiern.

Obwohl er genau weiß, daß die Partei seit der Reorganisation in allen Unterbezirken Fortschritte zu verzeichnen hat.

Wenn aber dieser Geselle versucht, seinen Schritt mit der Tatsache, daß ich nicht wieder kandidiere, zu begründen, so beweist er damit nur, daß er vollständig sozialfaschistisch verseucht ist, denn sonst müßte er wissen, daß man der proletarischen Klasse außerhalb des Parlaments genau so dienen kann und

daß die Mandate in der bolschewistischen Partei nicht die Rolle spielen wie bei den Sozialfaschisten, bei denen sich der Kampf nur um die Mandate dreht.

Die Vorwürfe gegen die Partei, daß ich dadurch, daß ich nicht wieder als Landtagskandidat aufgestellt wurde, der bürgerlichen Klassenjustiz ausgeliefert worden sei, weise ich mit aller Entschiedenheit zurück, weiß doch die revolutionäre Arbeiterschaft ganz genau, daß es gerade die jetzigen „Genossen" dieses Renegaten sind, die die Abgeordneten der KPD an die Klassenjustiz auslieferten.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft wird sich von Elementen wie Nischwitz und auch von der Partei, die versucht, mit ihm politische Geschäfte zu machen, mit Abscheu abwenden und am 22. Juni ihre Stimme der Liste 3 geben.

Richard Mildenstren.

Die Munitionskolonnen arbeiten!

27 Mark für den Wahlfonds

sammelten Genossen der Ortsgruppe Radeberg in zwei Stunden. Sie verkauften außerdem

40 AIZ und 20 Arbeiterstimmen.

An Eingängen über Wahlpulver ist zu verzeichnen:

Vom Betrieb Wünsches Erben, Ebersbach	37,05	M.
Ortsgruppe Siegmar schickt einen Abschlag von	32,—	„
Ortsgruppe Lützschena schickt einen Abschl. von	50,—	„
Ortsgruppe Hohburg bei Wurzen	17,40	„
Verwaltungsbezirk 4 Dresden, Abschlag	30,—	„
Verw.-Bez. 1 Dresden schickt eine 2. Rate von	50,—	„
Ortsgruppe Planitz, Abschlag	25,—	„
Ortsgruppe Markranstädt	32,15	„
Ortsgr. Siegmar bei Chemnitz, 1. und 2. Rate	42,—	„
Belegschaft Zigarettenfabrik Delta auf Liste 0047	8,—	„
Baust. Alsberg, Dresden, Hauptsch., Liste 615	12,30	„
Baust. Alsberg, Dresden, 1. Schicht, Liste 616	4,90	„
Baust. Reimer, Dresden, Hepkestr., Liste 606	7,70	„
Baust. Kell & Löser, Dresden, Bau Hähnel-Claus-Straße, Nr. 614	10,81	„

Morgen ist Lohntag!

Bereite dich vor auf die Munitionssammlung für den *Kampffonds der Liste 3!*

Die Sammlung

zur Landtagswahl bedarf auf Grund der Vorschriften über öffentliche Geldsammlung keiner besonderen Genehmigung. Die Genossen brauchen sich also in den Gemeinden keine besondere Erlaubnis einholen. Also, sie

ist genehmigt!

Faschisten schlagen wehrlose Sportlerinnen nieder

Naumburg, 11. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Zur gleichen Zeit, als die roten Arbeitersportler mit der revolutionären Arbeiterschaft in Erfurt aufmarschierten, hielten auch die Werwölfe in Almrich ein Reichstreffen ab. 1800 Mann waren alles, was sie zusammenbringen konnten. Diese Schwäche versuchten die Faschisten durch um so größere Brutalität auszugleichen. In der Nähe von Almrich überfielen eine Horde Werwölfe ein Auto mit Leipziger Sportlerinnen.

Die faschistischen Strolche hatten im Hinterhalt gelauert, bis ein Auto vorbeikam, was hauptsächlich mit Sportlerinnen besetzt war. Da faßten diese elenden Feiglinge Mut und mißhandelten die Sportlerinnen in viehischster Weise. Eine Sportgenossin erhielt einen Stich mit einer Fahnenstange in die Brust, eine andere wurde mit einer Fahnenstange am Unterleib schwer verletzt und einer dritten wurde mit einem Feldspaten der Arm durchschlagen. Insgesamt sind 14 Sportlerinnen schwer oder leichter verletzt.

Frickschule

Von Slang

„Deutschland, erwache. Wir haben jetzt Religion.
Nu paßt mal auf: Christus, Gottes Sohn,
der wurde doch von gewissen Leuten ans Kreuz geschlagen.
Von welcher Rasse? Wer kann mir das sagen?
Aufstehn! Im Chor: Die Schuld an der blutigen Tat — na?"
„— tragen die Chuden, Herr Schdudchenrat!"

„Deutschland, erwache. Die Geschichte des Deutschen Reiches
zeigt uns von hinten bis vorne ein gleiches:
Die Schmach von Versailles, das Joch am Rhein,
Zinsknechtschaft, — welche Rasse kann's bloß gewesen sein?
Aufstehn! Im Chor: Den Hoch- und Landesverrat — na?"
„— begingen die Chuden, Herr Schdudchenrat!"

„Deutschland, erwache. Wir turnen jetzt Freiübungen.
Heil-Stellung! Die Rechte nach vorn-oben geschwungen!
Denkt euch was Blankes in eurer Faust.
Auf wen die dann wohl — von hinten — niedersaust?
Welche Klasse verdient Dolch, Kugel und Strick?
Na? Im Chor:
„Die Chu — die Arbeiterschweine, Herr Frick!"

350 Arso-Delegierte brauchen noch Quartiere!

Für die auswärtigen Delegierten des Reichskongresses der Arso werden immer noch mehrere Hundert Quartiere benötigt. Wir fordern alle Verwaltungsbezirke auf, dafür zu sorgen, daß sofort die Quartierlisten in der IAH abgeliefert werden. Genossen, die ein Quartier frei haben, mögen uns das sofort mitteilen. Als Entschädigung werden für einmalige Benutzung 2 RM entrichtet. Genossen, die Zeit drängt, sorgt für Quartier.

**Komitee des Reichskongresses der Arso
Dresden-A. 1, Poppitz 18.**

Alle Delegierten zum Arsokongreß

müssen nach Möglichkeit bereits am Sonnabendvormittag in Dresden eintreffen. Die Erwerbslosendelegierten sind verpflichtet, an der Erwerbslosenkonferenz am Sonnabend, 9 Uhr vormittags, im Künstlerhaus teilzunehmen.

Alle Delegierten melden sich nach ihrer Ankunft im zentralen Quartierlokal, Künstlerhaus, Grunaer Straße. Möglichkeit zum Besuch der Hygieneausstellung ist lediglich am Sonnabendvormittag vorhanden.

Landesausschuß Sachsen der Arso.

Kulturreaktion in Sachsen!

8 Millionen Zuwendungen für Kirchen! Das drohende Reichsschulgesetz und die Landtagswahl! Darüber spricht der Reichstagsabgeordnete Peter Maslowski morgen, Freitag, pünktlich 19,30 Uhr in den „Annensälen", Fischhofplatz.

Zwei englische Textilarbeiterinnen

berichten über den schweren Kampf der englischen Textilproleten. Seit 8 Wochen streiken 200 000 englische Textilarbeiter und -arbeiterinnen. Zeigt eure Solidarität! — Kommt in die Versammlung am Freitag dem 13. Juni im Körnergarten.

Hygiene in der Praxis

Der Rat zu Dresden erläßt eine jener wunderbaren, die „Hygiene" so eindeutig beleuchtenden Bekanntmachungen, in der es heißt:

„**Sonnabend**, den **14.**, und **Sonntag**, den **15. Juni 1930**, werden aus Anlaß der an diesen Tagen stattfindenden Ruderregatta die beiden städtischen Eisbäder im Ortsteil Blasewitz von mittags 1 Uhr ab für den öffentlichen Badeverkehr **geschlossen.**"

Weil schwarzweißrote Sportfexe die Elbe bevölkern, darf nicht gebadet werden. Das ist Hygiene, wie sie „sein muß"!

Einsturz einer Neubaumauer

Am Dienstagvormittag stürzte vom Erweiterungsbau des Wohnhauses der Forstmeisterei in Weißer Hirsch eine etwa 6 Meter hohe Mauer ein und riß das Gerüst mit sich, auf dem zwei Maurer standen. Einer der Männer erlitt schwere innere Verletzungen, der andere einen Unterarmbruch. Die während des Einsturzes unter dem Gerüst stehenden Personen konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Wieder ein unbekannter Toter. Am 5. Juni 1930 hat sich in Flur Kesselsdorf ein etwa 65jähriger Mann erhängt. Der Tote ist in die Leichenhalle in Kesselsdorf gebracht worden. Er ist 1,65 Meter groß, schlank, hat dünnes weißes Haar und Schnurrbart. Die Kleidung besteht in grauem Hut, dunkelgrüner Joppe, schwarzer Weste und Hose, schwarzen Militärstiefeln.

Das Straßenpflaster schreit:

Wählt am 22. Juni Kommunisten, Liste 3

Auch hier heißt es: Nachmachen, Parteigenossen!

Das Straßenpflaster liegt jetzt bei Tag im prallen Sonnenschein. Aber es hat sich verändert. Es greift sogar in den Wahlkampf ein und spricht gewichtige Worte mit.

Eine lange Zeit lag es unbeteiligt und uninteressiert da. Die Automobile der Fabrikbesitzer und anderer Leute rollten über seinen Rücken. Betropften es mit Oel, so daß es, wenn sich der Regen an das Abwaschen der Straße machte, buntschillernde Flecken zu sehen gab. Eines Nachts trafen sich in einer Vorstadtwohnung draußen in Striesen einige Proleten. Kommunisten. Sie opferten die Nachtstunden, um ihre Arbeit für den Sieg der Liste 3, für den Wahlsieg der Kommunistischen Partei, für ihre Partei, zu leisten.

Die Vorbereitungen zu dieser Arbeit waren merkwürdig genug. Sie wichen von altgewohnten Gebräuchen ab. Wie oft hatten sie nicht in der Vergangenheit nach stundenlanger Klebearbeit ihre eben angeklebten Plakate abgerissen oder zerfetzt wiedergefunden. Da hieß es denn auf andere Mittel sinnen, im Straßenbild den proletarischen Schichten eine Mahnung an die Klassenpflicht entgegenzuhalten.

Deshalb waren die drei jetzt dabei, in der Wohnung des alten Parteiarbeiters Oelfarbe zuzubereiten. Oelfarbe, mit der sie eine ganz besondere Absicht verfolgten. Leise tappten sie die Treppe der großen Mietskaserne hinab. Unten wurden ihre Gestalten noch einmal von dem Lichtkegel der Straßenlaterne gestreift. Dann verschlang sie das Dunkel...

Am anderen Morgen trugen die Straßen der Vorstadt ein ganz anderes Gesicht. Auf dem Pflaster, über das am Tag zuvor der Fabrikant sorgenlos und nur an seine Profite denkend im Auto gerollt war, leuchteten jetzt große weiße Buchstaben. Die Buchstaben spotteten der Seitengewehre der Sipo, die so erfolgreiche Arbeit beim Plakatabkratzen geleistet hatten. Die Inschrift war nicht gleich zu beseitigen. Das hielt fest. „Oelfarbe hält schon eine Weile an!" sagte ein Prolet zum anderen auf dem Gang nach der Fabrik.

Nun schreit das Straßenpflaster in einem Vorort Dresdens: „Wählt am 22. Juni Kommunisten, Liste 3!" Eindringlich steht es da. So eindringlich, daß man sich wundert, daß man nicht auch an anderen Stellen auf dieses Straßenpflaster mit der überzeugenden Inschrift stößt...

Eine Ohrfeige für die SPD

Städtische Werkstätten müssen Tariflöhne zahlen!

Was sagt Herr Finsterbusch, der Volkszeitungsredakteur, zu dieser gerichtlichen Feststellung?

„Ich glaube, meine Fraktion hat sich immer bemüht, sich von Ueberspanntheiten fernzuhalten, aber das weiteren auch nicht in einer Weise Konzessionen an die richtsbehenden Parteigruppen gemacht. Man wird mir niemals den Vorwurf machen können, daß ich in der Beziehung etwa das versäumen hätte, was ich als fließenbewußter Kämpfer der großen Masse der Bevölkerung schuldig bin. Wir haben uns immer bemüht, in ganz bestimmter Weise positive Arbeit zum Vorteil der minderbemittelten Kreise zu leisten."

(Sozialdemokrat Röch in der Stadtverordnetensitzung vom 18. April 1929.)

Diesem Grundsatz zufolge hat es die sozialdemokratische Fraktion in Gemeinschaft mit Bürgertum und Nazis bisher immer abgelehnt, den Wohlfahrtserwerbslosen, die von der Stadt beschäftigt werden, Tariflöhne zuzubilligen. Nie haben die Sozialdemokraten Front gemacht gegen die Ausbeutung der Wohlfahrtserwerbslosen. Ja — Ausbeutung ist für sie eine „soziale" Tat!

Nach § 19 der für die Fürsorgeempfänger so überaus „günstigen" Fürsorgebestimmungen der Stadt Dresden sind die Unterstützten denn auch verpflichtet, jede von der Arbeitsfürsorge angewiesene Arbeit anzunehmen. Bei Ablehnung der Arbeit etwa wegen nichttariflicher Bezahlung wird kurzerhand die Unterstützung entzogen. Ein billiges und oft angewandtes Manöver des Unterstützungsraubes.

Die Schneiderin M. wurde im Herbst vorigen Jahres von dieser Stelle nach den Städt. Werkstätten, Falkenstr. 7, vermittelt. Bei Stellungsantritt forderte sie ausdrücklich den ortsüblichen, das heißt den Lohn des für verbindlich erklärten Tarifes für das Bekleidungs- und Wäschegewerbe. Infolge ihres regen Fleißes und ihrer Berufstüchtigkeit verdiente sie bei der Akkordarbeit teilweise über Tarif. Da aber die Festsetzung der Akkordsätze rein willkürlich und zu niedrig erfolgte und die M. bei der Verteilung von Arbeiten, an denen sie etwas verdienen konnte, „übersehen" wurde, schwankte ihr „Verdienst" überwiegend zwischen 10—12 Mark wöchentlich. (!) Daß sie hiermit nicht auskommen konnte, sah selbst eine „hohe Behörde" ein. Sie zahlte ihr darum in solchen Fällen 16,98 Mark wöchentlich aus. Am 8. April 1930 forderte sie nun aber energisch die Zahlung des wegen ihrer 2wöchigen Tätigkeit auf 249,66 Mark aufgelaufenen Differenzbetrages zwischen dem Tariflohn und dem tatsächlich erhaltenen Lohn. Die Antwort des Dezernenten der Städt. Werkstätten, des Sozialdemokraten Grafe (der im Hauptberuf Bevollmächtigter des Fabrikarbeiterverbandes ist) war — die Kündigung per sofort. Auf Einspruch wurde „gnadenweise" die gesetzliche Kündigungsfrist von acht Tagen gewährt. Dann aber Rausschmiß! In Vollmacht der M. klagte der Angestellte Schmidt vom Bekleidungsarbeiterverband die 249,66 Mark vor dem Arbeitsgericht ein. Es war ergötzlich, anzusehen, wie der Sozialdemokrat Schmidt dem Sozialdemokraten Grafe nachwies, daß die Städt. Werkstätten ein nur auf Erwerb und Profit gerichtetes Unternehmen sind. Fertigfabrikate, wie z. B. seidene Decken, Bettlaken usw., werden an Private abgegeben. Im freien Wettbewerb mit Unternehmungen der gleichen Branche versuchen die Städt. Werkstätten ihre Waren abzusetzen. Die Abzüge der Sozialkasten und Lohnsteuer, die Akkordarbeit, Gewährung von Ferien und der Aushang einer Fabrikordnung sprechen dafür, daß von einem gemeinnützigen Unternehmen nicht gesprochen werden könne. Amtmann Weiß als Vertreter des beklagten Fürsorgeverbandes bemühte sich krampfhaft, diese Ausführungen abzuschwächen. Ihm wollte es nicht in den Kopf, daß auch Fürsorgeempfänger Anspruch auf tarifliche Bezahlung haben. Vor allem bezweifelte er die Zuständigkeit des Arbeitsgerichts, nach seiner Logik habe sich die M. an den Beschwerdeausschuß des Fürsorgeamtes zu wenden. Nach längerer Beratung erklärte sich das Gericht für zuständig.

Mit dieser Zuständigkeitserklärung, die der sozialdemokratische Dezernent sicher erfolglos beim Landesarbeitsgericht anfechten wird, ist nunmehr gerichtlich festgestellt, daß den Fürsorgeempfängern bei Vermittlung durch die Arbeitsfürsorge tarifliche Entlohnung gezahlt werden muß.

Wahl von Kommunisten:

Das muß die Antwort auf den Lohnabbau sein!

Maschinenfabrik Pekoun und ihre Methoden vorm Arbeitsgericht

„Unternehmer in Not!" Eine Phrase. — Für die Polizeischmiere vom Wettinerplatz Anlaß genug, dem berüchtigten Scharfmacher von Sachsen, Direktor Wittke vom Sachsenwerk, die Spalten ihrer „Arbeiter"zeitung zur Verfügung zu stellen. „Lohnabbau", der Unternehmer weiß das Entgegenkommen einzuschätzen. Die Maschinenfabrik Pekoun & Co. in Coswig (etwa 400 Mann Belegschaft) ist ein führendes Unternehmer ihrer Branche. Führend auch im Abbau der Löhne. Einen Schimmer von Berechtigung muß der Lohnabbau aber haben. Es wird bei Akkordarbeiten neu abgestoppt. Dieses neue Abstoppen und Festlegen der Zeiten sieht folgendermaßen aus. Obermeister Schumann bringt eine Arbeit zu einem Schlosser. Erste Frage: „Wieviel Zeit brauchen Sie zur Ausführung?" Antwort: „Etwa 180 Minuten!" Endresultat: Die Arbeit wird mit 90 Minuten vom Meister „errechnet". Im Durchschnitt verdient die Belegschaft durch diese „Spezialkalkulation" des Meisters pro Stunde 23 Pf. weniger. Also Lohnabbau auf „chemisch-kaltem Wege" und ohne viel Geschrei. Die Belegschaft war empört und rief vertrauensvoll die „Hilfe" der reformistischen Bonzen an. Arbeitsgericht — die nächste Instanz. Dr. Nikisch vom Verband der Metallindustriellen, kann „einfach nicht begreifen", daß die Leute „unzufrieden" sind. Andere Arbeiter „wären froh", wenn sie das „überhaupt noch verdienten". Für den Gerichtsvorsitzenden, Sozialdemokraten Dr. Ebert, waren diese „Argumente" vorläufig jedoch noch nicht durchschlagend. Der „ganz linke" Reformist Riedel (Angestellter des Deutschen Metallarbeiterverbandes) „erklärte die Sache etwas näher": „Wir klagen gar nicht wegen der Abstopperei, sondern wegen einer Vereinbarung aus dem Jahre 1928. Diese Vereinbarung sah bedeutend höhere Zuschläge vor als die Firma jetzt zahlt, wenn die Belegschaft nicht auf ihre Akkorde kommt." Auf gut deutsch und in die Praxis übertragen sieht die Sache dann folgendermaßen aus: Ein Arbeiter braucht z. B. 180 Minuten für eine Arbeit. Der Meister „errechnet" künftig nur 60 Minuten. Mit dieser Zeit kann aber kein Arbeiter auf seine Rechnung kommen. Folglich bekommt er seinen Stundenlohn und den vereinbarten Zuschlag. Der Unternehmer ist fein raus. Er läßt im Akkord arbeiten und sorgt mit seiner neuen „Abstopp"methode dafür, daß keiner der 400 Arbeiter auf seine Kosten kommt. — Lohnabbau in Reinkultur! — Um diesen durchzuführen, kam das Verfahren vor dem Arbeitsgericht zum Ruhen. Es wird zwischen der Gewerkschaft und dem Unternehmer selbst verhandelt. (Vor Einreichung der Klage konnte keine Einigung erzielt werden.) Jetzt wird man eine „Einigung" auf der Grundlage eines 20prozentigen Lohnabbaues erzielen. — „Die Arbeiter sind ja sooo froh, daß sie überhaupt noch arbeiten können", um mit den Worten des Unternehmervertreters Dr. Nikisch zu schließen.

Furchtbare Familientragödie

Meißen. Am 1. Pfingstfeiertag ertrank beim Baden in der Elbe der Lehrling Friedländer aus Wahnsdorf. Beim Eintreffen der Todesnachricht erlitt die Mutter einen Nervenzusammenbruch und der Vater stürzte sich in der Erregung aus dem Fenster seiner im 1. Stock gelegenen Wohnung. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er tags darauf starb. Die Familie hatte schon einen Sohn durch Ertrinken verloren.

Fabrikbrand bei Hoesch

Pirna. Am Dienstagnachmittag brach in der Zelluloidfabrik von Hoesch & Co. Feuer aus, durch das der Trockenschuppen mit den dort lagernden Zelluloidplatten vollständig eingeäschert wurde. Der Schaden ist nicht unbeträchtlich.

In geheimer Verhandlung:

Sittlichkeitsverbrecher Legler geht straffrei aus!

Das bürgerliche Klassengericht stellt dem Pirnaer deutschnationalen Gutsbesitzer einen Freibrief für den geschlechtlichen Mißbrauch von Arbeiterkindern aus!

Die bürgerliche Gesellschaftsordnung, verfault und morsch bis ins Innerste hinein, bedient sich zum Erhalt ihres Bestehens des Staatsapparates. Heer, Polizei und Justiz werden aufgeboten zur Niederhaltung der proletarischen Klasse, werden aufgeboten zum Schutze jedes Verbrechens, das die bürgerliche Ordnung tagtäglich zwangsläufig erzeugt.

Da ist der Gutsbesitzer Legler in Pirna. Stadtrat. Gutsbesitzer. Er erhält allein für das verpachtete Gut Tausende von Mark. Außerdem hat er ein Villengrundstück. Er gehört gewissermaßen zu den Honoratioren, zur guten Gesellschaft in Pirna. Sollte er, der wohlangesehener Schöffe und Kirchenvorstand ist, sich an Kindern sexuell vergangen haben?

Die „Arbeiterstimme" deckt in den ersten Februartagen dieses Jahres einen Skandal auf. Legler hat sich, so wurde damals von uns behauptet und so behaupten wir heute noch, an einem Arbeiterkind von zwölf Jahren unsittlich vergangen! Legler eilt zu seinem Rechtsvertreter, Justizrat Flachs. Dieser schreibt an die Redaktion einen Brief des Inhalts, Legler „habe sich nicht an dem Kinde vergangen und auch nicht versucht, die Geschichte mit Geld zuzudecken, die Arbeiterstimme solle also die angekündigten Veröffentlichungen unterlassen". Wir lehnen dieses Ansinnen ab. Am 7. Februar erscheint „Der Fall des deutschnationalen Kinderfreundes Legler", der es „mit einem Kind nur „so" machen wollte ". Legler eilt zum Friedensrichter. Er versucht eine gütliche Regelung. Er hat allen Grund, zu vermeiden daß diese Geschichte noch weiteren Staub aufwirbelt. Der Sühneversuch scheitert. Einige Zeit später geht dem verantwortlichen Redakteur der Arbeiterstimme die Anklageschrift mit der Bemerkung zu, „daß das Privatklageverfahren solange ausgesetzt werde, bis das bei der Staatsanwaltschaft gegen Legler anhängige Verfahren erledigt sei".

In der gestrigen Gerichtsverhandlung wurde denn der Fall Legler „erledigt". In der üblichen Art. Legler ist der Typus des Krautjunkers. Deutschnational, vaterländisch bis auf die Knochen. Ausgeschlossen, daß sich ein solcher Mann (lächerlich, überhaupt so etwas zu denken) in unsittlicher Weise an minderjährige Arbeiterkinder heranmacht. Zeugen werden hinter verschlossenen Türen vernommen. Und während draußen die Oeffentlichkeit wartet und in anderen Sälen vernimmt, wie „Im Namen des Volkes" Recht gesprochen wird, bereitet sich da hinter der Tür mit der Aufschrift „Geheime Verhandlung" einer jener Justizskandale vor, wie sie in der deutschen „demokratischen" Republik nachgerade zur gewohnten Erscheinung geworden sind. Das Zeugnis der erschienenen Proleten wird beiseite geschoben, die Aussagen des Kindes werden angezweifelt. Wer könnte denn schon Interesse daran haben, Herrn Legler als Sittlichkeitsverbrecher entlarvt zu sehen? Etwa die Dresdner Nachrichten, seine Parteizeitung? Die hat Wichtigeres zu tun. Da gilt es, gegen die Kommunisten zu hetzen und Max-Hoelz-Märchen aufzutischen. Da bleibt kein Platz, die Schweinereien eines deutschnationalen Parteigängers zu erwähnen. Und der Staatsanwalt? Stellt die Entscheidung „in das Ermessen des Gerichts"! Das Gericht braucht geschlagene drei Minuten, um zu dem Urteil zu kommen: Legler wird freigesprochen! Ein Skandal? Ein Klassenurteil! **Eine Herausforderung an das Proletariat, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann! Eine offene Hilfsstellung für einen Sittlichkeitsverbrecher. Mehr nicht! „Es lebe die Republik!"**

Antwortet mit Wahl der Liste 3

Die Pirnaer Volkszeitung hetzt gegen „Rowdys"

Ein plumpes Schwindelmanöver der „Zeitung des Volkes"

(Arbeiterkorrespondenz)

Pirna. Die Pirnaer Volkszeitung vom 10. Juni zeigt in dem Artikel „Rowdytum" erneut die ganze politische Verlumpung der SPD. Ihre Freude darüber, daß das proletarische Kindertreffen verboten wurde, kennt keine Grenzen. Aber noch weiter gehen diese politischen Ehrabschneider. Eine in Cunnersdorf bei Pirna entstandene Schlägerei wird einfach den roten Sportlern in die Schuhe geschoben. Sie schreibt wörtlich:

„Pirna sollte während der Pfingstfeiertage seiner Sensation nicht verlustig gehen. Dafür sorgten am ersten Feiertag abens in Cunnersdorf bei Pirna die durch die kommunistischen Spalter ins Leben gerufenen „Roten Sportler".

Nun, die in Pirna anwesende Sipo raste sofort nach dort und nahm einige Verhaftungen vor. Da auch von den in Pirna anwesenden Berliner Sportlern einige mit ihren Gastgebern nach Cunnersdorf gegangen waren, begaben sich sofort nach Bekanntwerden des Vorfalles der Vorsitzende und ein weiterer Funktionär des Pirnaer Sportvereins nach der Polizeiwache, um festzustellen, ob unter den Verhafteten auch Sportler seien. Die polizeiliche Auskunft bestätigte das Gegenteil. Sofort angestellte Erörterungen des Vereins erbrachten, daß nicht einer der dort anwesenden Sportler irgendwie daran beteiligt war. Die Volkszeitung lügt aber trotz alledem weiter und glaubt auf diese Weise die roten Sportler in der Oeffentlichkeit herabzusetzen. Die roten Sportler glauben, den Berichterstatter schon erkannt zu haben, denn der Leiter der Pirnaer Reichsbannersportabteilung, ein ausgesprochener Feind der revolutionären Sportler, war persönlich anwesend.

Die Arbeiterschaft muß erneut das verlogene Gesicht der SPD erkennen. Die roten Sportler lassen sich von diesen Feinden der revolutionären Arbeiterklasse nicht provozieren, sondern kämpfen weiter für die rote Einheit im Arbeitersport und den Sieg der Liste 3 am 22. Juni. (1391)

Kriegs- und Arbeitsopfer wählen Delegierte zum Arsokongreß

(Arbeiterkorrespondenz)

Pirna. Am 4. Juni fand im Volkshaus Pirna die gutbesuchte Monatsversammlung des Internationalen Bundes statt. Nach einem Vortrag über die Invalidenversicherung setzte eine lebhafte Debatte ein. Einstimmig begrüßte man, daß der Internationale Bund mit der revolutionären Arbeiterschaft sich an die Seite der Kommunistischen Partei stellt und bei der Landtagswahl eine rege Propaganda für die Liste 3 eingeleitet wird. Zum Arso-Reichskongreß wurden zwei Delegierte gewählt, einiges Material zu überweisen, beschlossen wurde ferner, daß am 18. Juni eine öffentliche Mitgliederversammlung im Zwinger stattfindet, in der dann Bericht zu erstatten ist.

Mit einem Appell, alle Kräfte für die Liste 3 zu mobilisieren, wurde die imposante Versammlung geschlossen. Eine rege Werbe- und Sammeltätigkeit wurde von allen zugesagt.

Sozialdemokraten im Militärverein!

(Arbeiterkorrespondenz)

Schönborn. Zur Fahnenweihe des hiesigen Militärvereins kam erneut zum Ausdruck, daß der Massenmord 1914—1918 zu schnell vergessen wurde. Daß noch Arbeiter solchen reaktionären Vereinen angehören, muß die klassenbewußten Arbeiter anspornen, die Aufklärungsarbeit intensiver durchzuführen. Zwei Mitglieder der SPD marschierten ebenfalls hinter der monarchistischen Fahne her. Die SPD billigt die Teilnahme ihrer Genossen. „Geld stinkt nicht! Solange sie ihren Beitrag zahlen, ist es gut!" äußerte ein SPD-Funktionär zu unseren Genossen. Können revolutionäre Arbeiter dieser Partei noch die Stimme geben? Nein, sie wählen KPD. Liste 3. — Ein weiteres Beispiel. Zur Fahnenweihe des Militärvereins waren seitens der Gemeinde alle Straßen des Ortes mit Kies bestreut. Als der SPD-Gemeindeverordnete Böttel gefragt wurde, ob die Gemeinde dies bezahlt habe, erwiderte er, das wisse er nicht, trotzdem er im Gemeindeparlament sitzt. Sorgt dafür, daß zur nächsten Gemeindewahl Kommunisten ins Gemeindeparlament einziehen. Dann erst werden die Interessen der Arbeiter vertreten.

(Aus „Der Rote Heidebote".)

Auch Höckendorf wählt Liste 3!

Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren

(Arbeiterkorrespondenz)

Höckendorf. Mit den Kommunisten ist auch ein neuer frischer Wind ins Gemeindeparlament eingezogen. Aus ist es mit der Ruhe und Behaglichkeit, mit der die Geschäfte gegen die arbeitende Klasse vollzogen wurden. Sehr zum Leidwesen unserer bürgerlichen und sozialdemokratischen Kuchenbeschützer. Mit den gemeinsten Schikanen versucht man sich nun zu rächen. Der Ruhm eines Wibell und Hilfeerding, die den Erwerbslosen und Kriegsbeschädigten die Unterstützung und Renten gekürzt haben, läßt unseren Sozis keine Ruhe. Und sie haben auch bald etwas entdeckt. Der Kriegsbeschädigte Hofmann hat es ihnen besonders angetan. Macht man ihn vielleicht dafür verantwortlich, daß er der Erzeuger des Gen. Hofmann ist? Jedenfalls glaubte man für Hofmann den Strick gefunden zu haben. Mit der verlogenen Begründung, Hofmann lebe mietfrei in seinem Hause, dadurch, daß er über die gesetzliche Miete verlange und noch 200 Mark monatliche Rente erhalte. Die Gemeinde müsse die Bürgschaft für Hofmann, welche in der ersten Gemeinderatssitzung einstimmig beschlossen wurde, wieder rückgängig machen. Für die Bürgerlichen war das ein gefundenes Fressen. Sie ließen durch Hunger erklären, daß sie für die Sache wären.

Als unsere Genossen diesen erbärmlichen Racheakt festnagelten, sprachen sie nach Meinung unseres von den Sozialdemokraten als Vorsteher gewählten Bürgermeisters nicht zur Sache. Er entzog ihnen das Wort. Da unsere Genossen weiter sprachen, flog die Sitzung auf. Nach Wiederbeginn wurde die Angelegenheit auf Antrag der Bürgerlichen vertagt. Die Schikanen gehen weiter.

Aber immer nur so weiter mit diesen erbärmlichen Methoden. Diese Schikanen haben früher, als die SPD noch eine Arbeiterpartei war, nichts genutzt, und werden der KPD erst recht nichts schaden. (Aus dem „Roten Dorfboten".)

So geht es nicht weiter

im Union-Werk Radebeul

(Arbeiterkorrespondenz)

Der sozialdemokratische Betriebsrat duldet die folgenden Uebelstände: Das Unionwerk Radebeul hatte früher eine Belegschaft von 800 Arbeiterinnen und Arbeitern. Dazu brauchte man 1 Direktor und 1 Ingenieur. Heute hat es 300 Arbeiterinnen und Arbeiter mit 2 Direktoren und 2 Ingenieuren. Die jetzige Arbeitszeit beträgt täglich 8 Stunden 20 Minuten, Sonnabends 6½ Stunden. In verschiedenen Abteilungen werden Ueberstunden bis zu 2½ Stunden geleistet. In der Abteilung Emaillierwerk sind die Akkordlöhne bis zu 30 Prozent gedrückt worden. Die Kolleginnen und Kollegen werden vor dem Verlassen des Werkes wie Diebe kontrolliert. Dagegen dürfen die Beamten unkontrolliert die Arbeitsstätte verlassen (hier sei in Erinnerung gebracht die Riesenunterschlagung eines Beamten vor kurzer Zeit). Die Leitung des Werkes will neue Akkordsätze „auf Einheiten" herausbringen. Kolleginnen wollten vom sozialdemokratischen Betriebsrat hierüber Aufklärung haben, doch dieser ist unfähig, dies näher zu erklären. (1371)

Ein Nazi als Erzieher

Seitdem die Zeit verstrichen ist, wo 90 Prozent der Lehrer „konjunkturmäßig" auf weltlichem Boden standen, bilden sich immer mehr Kuriositäten in den Dresdner Schulen, vor allem in den Berufsschulen, heraus. „Neutralität der Schule" ist der Schlachtruf all dieser Kühnen, beginnend beim Schulkirchenparlamentarier Grellmann von den Deutschnationalen bis herunter zum jüngsten Anhänger der Sozial- und Nationalfaschisten. Aber trotzdem über den Rahmen herausstechen muß der Nazilehrer u. Stadtverordnete von Radeberg, Möckel. Für ihn scheint es selbstverständlich zu sein, daß das Hakenkreuz zur Demonstration der „Schulneutralität" gehört. Darum verbot er kürzlich einem Jungproletarier, mit einem KJ-Abzeichen zu erscheinen. Weil eben der Jungproletarier diese Art „Neutralität" nicht verstand, schrieb er auf einen Zettel: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!" Der würdige Hitler- und Frickanhänger verhängte deswegen eine Strafstunde.

Jungproletarier, das sind die Vorzeichen des dritten Reiches (Beispiel: Frick, Thüringen). Räumt mit diesem „Neutralitäts"-dusel auf, entscheidet euch am 22. Juni und wählt Liste 3 (Kommunistische Partei). (AK 1272)

Zum Arsokongreß!

Unternehmeroffensive gegen Schwerbeschädigte

Unternehmer Sommer in Neukirch läßt Kriegsbeschädigten am Hungertuch nagen!

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Schwerbeschädigte Bruno Petzold klagte gegen einen der bekanntesten reaktionären Ausbeuter, die Firma Sommer, vor dem Arbeitsgericht in Bischofswerda. Die Schwerbeschädigtenfürsorge sandte dem Schwerbeschädigten eine Zuweisungskarte zur Besetzung einer offenen Pflichtstelle. Auf seine erste Vorstellung verständigte sich der Allgewaltige, nachdem die Papiere beigebracht werden sollten, auf die Beschäftigung in der Kistennagelei. Die Papiere wurden zur bestellten Zeit gebracht. Herr S. war nicht anwesend. Er hatte aber seiner Frau hinterlassen, daß die Papiere abgenommen werden sollten. Die Frau sagte zu Petzold, er sollte „am Montag wiederkommen". Von dem guten Glauben beseelt, dann die Arbeit antreten zu können, ging der Schwerbeschädigte und meldete sich bei dem Unternehmer zur Arbeit. Aber diesen Tag war er durch seine Schweißtreiberei gegen die ausgemergelten Textilproleten sehr in Anspruch genommen. Da konnte er natürlich für eine 3prozentige Arbeitskraft keine Zeit haben. Zu barschem Tone sagte er: „Kommen Sie Ende der Woche wieder!" Statt Arbeit zu geben, jagte er Petzold heraus aus dem Kontor und brüllte ihn an, daß er schriftlichen Bescheid bekäme. Der Bescheid blieb aber aus. P. klagte nun auf Einstellung oder tariflichen Lohn, bis er eine andere Arbeitsstelle habe. Eine Schädigung besteht darin, weil Sommer Petzolds Papiere 3 Wochen zurückbehielt. Daher war es Petzold unmöglich, sich in dieser Zeit um andere Arbeit zu bemühen. Ein Vergleich kam nicht zustande. P. zeigte an Hand von Beweisen vor dem Arbeitsgericht, wie die Unternehmer das Schwerbeschädigtengesetz nur als einen Fetzen Papier betrachten, daß es die fünfte Firma sei, von welcher er eine Zuweisungskarte für offene Pflichtstellen erhalten habe. Die Unternehmer aber denken gar nicht daran, Schwerbeschädigte einzustellen. Es geht daraus hervor, daß die Unternehmer systematisch das Schwerbeschädigtengesetz sabotieren. Der Weg dazu ist diesem Ausbeuterpack von den Sozialfaschisten im Reichstag geebnet worden. Dieser Fall dient dazu, zu beweisen, daß jedes Opfer des Krieges und der Arbeit sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen muß. Darum heraus aus dem reformistischen Reichsbund und Eintritt in den Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, der einzigen Organisation, die den Invaliden den Weg zum Klassenkampf bis zur Niederringung der kapitalistischen Gesellschaft zeigt. Altersrentner, Unfall- und Invalidenrentner sowie alle Kriegsbeschädigten wählen am 22. Juni — Klasse gegen Klasse — Liste 3. (1363)

„Wir sind enttäuschte SPD-Leute!"

(Arbeiterkorrespondenz)

Radeburg. Am Mittwoch, dem 4. 6., fand eine Versammlung der Nationalsozialisten in Bärnsdorf bei Radeburg statt. Es waren ungefähr 40 Kleinbauern und Landarbeiter erschienen. Es wurden die alten Platten alle abgespielt: Judenhetze, Erziehung von Rassemenschen, Kampf dem Marxismus, und zum Schluß: „Wir Nationalsozialisten sind alle enttäuschte SPD-Leute". Die Bärnsdorfer Arbeiter hatten sich unseren Genossen Voigtländer von Rähnitz-Hellerau geholt, der in der Diskussion den Leuten die Antwort nicht schuldig blieb. Er zeigte an treffenden Beispielen, daß die Nazis niemals die Freunde der Arbeiter und Kleinbauern sein können. Der Nazireferent wurde öfters voller Unwillen von den Anwesenden unterbrochen, während man die Ausführungen unseres Genossen mit größter Aufmerksamkeit verfolgte. Eins zeigt auch diese Versammlung, daß auch auf den Dörfern die KPD an Boden gewinnt. Wir müssen nur arbeiten.

Anm. d. Red.: Der Genosse Arbeiterkorrespondent fügt eine für uns bestimmte Bemerkung hinzu, die wir im Wortlaut veröffentlichen: „Wir haben nach der Versammlung noch lange mit den Kleinbauern und Landarbeitern gesprochen und denken, auch hier auf dem schnellsten Wege eine Ortsgruppe zu gründen. Liebe Genossen! Ist es nicht möglich, daß in der Zeitung einige Male ein paar Zeilen stehen, daß alle Genossen verpflichtet sind, in jeder gegnerischen Versammlung ihres Arbeitsgebiets zu sprechen. Es darf keine Versammlung geben, wo nicht ein Kommunist spricht. Es gibt Genossen überall, die sprechen können, wenn sie nur wollen. Nur so kommen wir an breiteste Schichten der Arbeiter und Bauern heran." (1389)

Wettbewerbe müssen organisiert werden

Die Arbeitsgebiete Siegmar und Burgstädt im Unterbezirk Chemnitz sind in einen Wettbewerb eingetreten. Das erste Resultat ist, daß im Arbeitsgebiet Siegmar 5 Mitglieder in die Partei aufgenommen wurden. Ueberall müssen solche Wettbewerbe abgeschlossen werden. Die benachbarten Ortsgruppen, Betriebs- und Straßenzellen, Arbeitsgebiete, Stadtteile, Verwaltungs- und Unterbezirke müssen sich gegenseitig zu solchen Wettbewerben herausfordern.

Verantwortlich für Politik und Gewerkschaftsfragen: Ernst Schneller, M. d. R., Berlin; für Lokales, Sport und Feuilleton: Willy Jenner, Dresden; für Inserate: Arthur Burkert, Dresden. — Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden. — Druck: Pesson, Filiale Dresden.

„Weitergehen, bitte . . ."

Der Staat ist Herr der Arbeitsämter und Stempelstellen. Und da der Staat ordnungsliebend ist, so duldet er nicht, daß die Erwerbslosen, die hier über ihre glänzende Lage diskutieren, allzumal lagen. Um das zu überwachen, schickt er ihnen deshalb die Polizei auf den Hals — angeblich, um „den Verkehr zu regeln" — natürlich. Ebenso klar ist es, daß die Erwerbslosen die Sipos nicht sonderlich lieben können: die Uniform verkörpert ihnen im allgemeinen die beliebten Sinnbilder der Demokratie: den Gummiknüppel und den Anrichtprozeß...

Dabei darf aber zweierlei nicht vergessen werden. 1. In einer ganzen Anzahl von Uniformen (nicht in allen) stecken Menschen, welche diese Uniformen nicht freiwillig tragen, sondern nur deshalb, weil sie leben wollen. 2. Es gibt unter diesem Teil der Sipos, die also nicht den bloßen uniformierten Sadismus der freiesten Republik der Welt darstellen, sondern nur in Uniformen gepreßte Proletarier sind. Leute, die über ihre Stellung nachdenken. Die Erwerbslosen dürfen ja nicht mit ihnen diskutieren. Der demokratische Staat hat Angst vor der „Zersetzung". Aber das kann das Nachdenken nicht verhindern. Und zufällig kann man vielleicht doch einmal mit einem einzelnen Sipo anders sprechen, als das für gewöhnlich der Fall zu sein pflegt...

„Was sagen Sie zu dem ungeheuren Elend der Erwerbslosen? Und halten Sie etwa die „Maßnahmen" der Polizeiführer und des Staates für richtig? Steht Sie's denn nicht an, hungrige Proleten niederzuknüppeln?"

„Bestimmt! Sie können mir ruhig glauben: der Dienst vorm Arbeitsnachweis hängt mir schon lange zum Halse raus. Aber wir tun's ja nicht, weil wir wollen. Wir müssen."

„Wie sind Sie denn zur Polizei gekommen?"

„Wie irgendein Prolet zu einer „Arbeit", die ihn längst anfotzt. Nach dem Kriege bin ich eingetreten. Was sollte unsereins weiter machen? Es ist ja bloß, weil wir existieren wollen — irgendwie. Das ist der ganze Grund."

„Und wie denken Sie über Ihren Dienst im allgemeinen?"

„Da fragen Sie noch? Klar — ich kann mich durchaus in die Lage der Erwerbslosen hineinversetzen. Wissen Sie — wir als ältere Beamte sind zum größten Teil bestimmt nicht mit dem einverstanden, was von oben angeordnet wird — wie Gummiknüppel und Revolver gegen demonstrierende Arbeiter, und solche Sachen. Aber die Herren Vorgesetzten im Präsidium befehlen — und wir sind abhängig. Die wissen natürlich ganz genau, daß wir bloß zuschlagen, wenn wir dazu gezwungen sind."

„Wird das denn offen zugegeben?"

„Nein — aber dafür indirekt! Sie sehen ja — zu solchen Aktionen, wie gerade Demonstrationen, nimmt man meistens die Polizeischüler. Uns wollen sie so nach und nach kaltstellen. Man läßt meist nur Leute zur Polizei zu, die das Abitur gemacht haben — also Bürgersöhnchen. Das sind die Richtigen zum Niederknüppeln der Proleten!"

„Wie ist denn im allgemeinen die Stimmung unter Ihren älteren Kollegen?"

„Passen Sie mal auf — ein kleines Beispiel dafür. Vor ein paar Jahren hat es die Berliner Polizei durchgesetzt, in den Wahlbezirken wählen zu dürfen. Hinterher ist irgendwie festgestellt worden: Ein Drittel der Mannschaft hat damals — kommunistisch gewählt."

„Warum haben Sie denn nicht Ihren Abschied genommen, als Ihre Zeit um war?"

„Warum? Wie gesagt — es dreht sich um das bißchen Brot. Dabei ist unser Gehalt im Vergleich zu dem der Herren Vorgesetzten — na, davon spricht man nicht... Wir gewöhnlichen Beamten sollen nur tüchtig auf die Arbeiter losdreschen — sonst kommt man oben in Verruf wegen „Lahrheit" und „Arbeiterfreundlichkeit". Wir sollen nicht mucksen!"

„Nun — wenn Sie das alles selber einsehen — warum wählen Sie denn dann nicht die KPD?"

„Sehen Sie — die meisten von uns hält das eine zurück: dann müßten wir vielleicht noch unsere eigenen Genossen mit dem Gummiknüppel niederhauen. Und das ist eben ein Widerspruch, der uns bis jetzt nicht recht viel Mut gemacht haben kann..."

„Aber am 22. Juni?"

„Na — warten wir ab. Wen wir Polizeiproleten wählen, da brauchen Sie heute nicht mehr zu fragen..."

Er bricht plötzlich ab.

„Menschenskind — da kommt so 'ne Art Oberkontrolle — dort — Wiedersehen!"

Und während sich irgend so ein Polizeihauptmann nähert, „regelt" er schon wieder den „Verkehr":

„Weitergehen, meine Herren... Weitergehen, bitte..."

Charleys Tante. Fritz Fischer, Dresdens „Star" von Fischers Gnaden und Reklame, gastierte mit dem Ensemble der „Komödie" im Ausstellungstheater. Es war die 200. Aufführung (!) des Schwankes „Charleys Tante", der trotz seiner Massenauflage unter Fischers Regie sehr temperamentvoll gespielt wird. Fischer versteht es, sein Publikum durch billigen Bluff zu begeistern. Dasselbe Publikum, das bei Auftreten einer fortschrittlichen Tendenz Zeter und Mordio schreit, weil dadurch die Kunst in Gefahr sei, raste beim Auftreten seines Stars Fritz Fischer, dessen Spiel mit schauspielerischem Können entsetzlich wenig zu tun hat. G. F.

Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller für den Sieg der Liste 3!

Die Wahlen in Sachsen sind für alle Hand- und Kopfarbeiter von größter Bedeutung. Gewiß wird das Schicksal der Arbeiterklasse nicht im Parlament entschieden, doch die Wahlen sind eine der Bewegungen, in der die revolutionären Ziele mit am besten propagiert werden können. Die Wahl selbst ist ein Prüfstein für die Arbeiterklasse, inwieweit sie sich ihrer historischen Mission bewußt ist. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie die Finanzmagnaten unter Assistenz und Führung der SPD und Nazis nicht nur auf wirtschafts-, sondern auch auf kulturpolitischem Gebiet gegen die Arbeiterklasse vorstoßen. In diesem Wahlkampf kann die Parole für alle Hand- und Kopfarbeiter nur lauten: Kampf für den Sieg der Liste 3!

Bund prol.-rev. Schriftsteller, Ortsgruppe Dresden
Association rev. Künstler.

Vermittlung von Rezitationen und Ausgestaltung von Programmen für Wahlveranstaltungen wird gern übernommen. Anfragen sind zu richten an: Bund prol.-rev. Schriftsteller, Dresden-A., Poppitz, JAH.

Rundfunk

Donnerstag, den 12. Juni:

16: Nachmittagskonzert. 17—17,40: „Lauchstädt gestern und heute." 18: Vortrag: Fasten- und Frühjahrskuren. 18,20: Wettervoraussage und Zeitangabe. 18,45: Steuerrundfunk. 19: Vortrag: Der Ausbau der Angestelltenversicherung. 19,30—21,30: Hausmusik bei Goethe. Anschließend 20: Erwin und Elmire (Schauspiel). 21,10: Aus Goethes Gelegenheitslyrik. 21,30: Die Tageszeiten (Liederzyklus). Anschließend: Funkbilfe, Zeitangabe, Wettervoraussage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend: Funkbilfe.

Nordwest ein Signal für das Proletariat

Das Reichskomitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition ruft zum Kampf

Berlin, 12. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Das Reichskomitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition hat zur Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die 220 000 Metallarbeiter des Ruhrgebietes Stellung genommen und veröffentlicht folgenden Aufruf:

Der vom Führer der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, verbindlich erklärte Schiedsspruch stellt den bisher stärksten Vorstoß in der kapitalistischen Lohnabbauoffensive dar. Er wird von allen Klassenfeinden des Proletariats — Trustkapital, Staatsapparat und Gewerkschaftsführer — gemeinsam geführt, um die erschütterte kapitalistische Stabilisierung und damit den Bestand der kapitalistischen Herrschaft auf Kosten der Arbeiter zu festigen. Die infolge der wachsenden kapitalistischen Widersprüche und der Verschärfung der Klassengegensätze heranreifende Weltwirtschaftskrise treibt die

Trustherren jetzt zum offenen Angriff

auf die Lebensexistenz der Arbeiterklasse.

Wieder wie im Dezember 1923 beim Abbau des Achtstundentages trifft die Hütten- und Walzwerkarbeiter des Ruhrgebietes der erste Stoß des Trustkapitals zum Lohnabbau. Durch stärksten Einsatz der Staatsmachtmittel soll der Lohnraub erzwungen werden.

Die deutschen Gewerkschaftsführer haben durch ihre Taktik der Verhinderung von Kämpfen bis zum offenen Streikbruch den Lohnabbau vorbereitet und gefördert. Von ihnen hat die Arbeiterklasse keine Hilfe zu erwarten. Sie reden vom Preisabbau, um die Arbeiter für den Lohnraub gefügig zu machen. Durch den Abschluß eines neuen Arbeitsgemeinschaftsvertrages will sie die Arbeiterschaft gefesselt ausliefern. Gegen diese arbeiterfeindliche Maßnahmen müssen sich die Arbeiter geschlossen zur Wehr setzen. Die Ruhr-Metallarbeiter stehen in diesem Kampfe in der vordersten Front. In allen Hütten- und Walzwerkbetrieben des Ruhrgebietes müssen die Metallarbeiter Kampfleitungen wählen und unter ihrer Führung den

Streik gegen den Schiedsspruch

um die von der Duisburger Konferenz der RGO erhobenen Forderungen — Siebenstundentag, Vierzigstundenwoche bei vollem Lohnausgleich und 20 Pf. Lohnerhöhung — aufnehmen.

In den nächsten Wochen sind die Augen der internationalen Arbeiterschaft auf die Metallarbeiter des Ruhrgebietes gerichtet. Hier wird im

Kampf Klasse gegen Klasse eine entscheidende Schlacht

geschlagen.

Gelingt es den Schwerindustriellen hier, ohne Widerstand den Akkordpreisabbau durchzuführen, dann werden die anderen Arbeitergruppen viel schwierigere Kämpfe gegen den Lohnabbau zu bestehen haben. Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets und Oberschlesiens sind als nächste Gruppe für den Lohnabbau vorgesehen. Die Metallarbeiter der Werften, Berlin, Sachsen, Mitteldeutschland und Thüringen, deren Tarife in den nächsten Wochen ablaufen, müssen darum ihrerseits Vorbereitungen treffen, um selbständig unter Führung der RGO den Kampf um ihre eigenen Forderungen, genau so wie die Mansfelder Kumpels, aufzunehmen. Das ist die beste Solidarität und Unterstützung, die den Kollegen an Ruhr und Rhein gewährt werden kann.

Schafft die revolutionäre Einheitsfront in den Betrieben und Gewerkschaften! Stärkt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und beantwortet unter Führung der RGO den Lohnraub mit dem Streik!

Reichskomitee
der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Die Betriebsrätewahl bei der Post im Bezirk Dresden ungültig

Oppositionelle Post- und Telegraphenarbeiter rüstet zur Neuwahl / Verbindet den Betriebsrätewahlkampf mit der Landtagswahl / Wählt Kommunisten!

Am 12. Mai 1930 fanden die Betriebsrätewahlen bei der Deutschen Reichspost statt. Auf Antrag des Verbandes weiblicher Post- und Telegraphenbeamten wurde durch Beschluß des Arbeitsgerichts Dresden die Wahl zum Bezirksbetriebsrat der Oberpostdirektion Dresden für ungültig erklärt. Folgende Tatsachen führten zur Ungültigkeitserklärung: Am 17. April 1930 reichte der klagende Verband beim Vorsitzenden des Wahlausschusses zum Bezirksbetriebsrat, dem Helfer Bock, eine Vorschlagsliste ein. Diese wurde zurückgewiesen, da es nach § 5 der Wahlordnung unzulässig ist, daß Berufsverbände Wahllisten einreichen. Die Listenvertreterin Frl. Schaarschmidt reichte aus diesem Grunde am 24. April eine neue Liste ein, die vorschriftsmäßige Unterschriften trug, auch vom Wahlvorstand angenommen wurde und die Nr. 2 erhielt. In einer Sitzung des Wahlvorstandes, am 26. April 1930, wurde aber trotzdem diese Liste für ungültig erklärt und dieselbe der Einreicherin einige Tage später zurückgegeben. Da die Einreichungsfrist für die Vorschlagslisten am 26. April zu Ende war, wurde die Betriebsrätewahl unter Ausschaltung der Liste „Helferinnen" vorgenommen. Eine recht eigenartig anmutende „Begründung" der Ablehnung gab der Bezirksbetriebsratsvorsitzende Bock. Unter Assistenz des Angeklagten Beisowitz vom Gesamtverband gab er sich redliche Mühe, den Bereich der Oberpostdirektion Dresden „vor neuen Erschütterungen" zu bewahren. „Welt," so führte er unter Zustimmung seines Beistandes aus, „sich die Listenvertreterin Fräulein Schaarschmidt beim Einreichen der Liste nicht vorgestellt habe, habe er angenommen, auch diese Liste sei vom Verband eingereicht worden." Um dem Gericht seinen „kleinen Trick" auch glaubhaft zu machen, erklärte er, es sei gleichzeitig mit der Liste „Helferinnen" ein Begleitschreiben des Verbandes eingegangen. Von der Antragstellerin wurde das bestritten und um Vorlegung dieses Schreibens gebeten. Dies konnte nicht geschehen, da es angeblich „zurückgegeben war" (!). Aus einer dann dem Gericht vorgelegten Kopie des Ablehnungsschreibens wurde festgestellt, daß lediglich die Listenunterzeichner, nicht aber der Verband, die Einreichung ihrer Liste begründeten. Aus dem Ungültigkeitserklärungsbeschluß des Arbeitsgerichts war zu entnehmen, daß der Wahlvorstand gegen wesentliche Vorschriften verstoßen habe. Bestimmt wäre bei Zulassung der abgewiesenen Liste ein anderes Wahlergebnis erzielt worden. Da gegen diese Liste selbst nichts einzuwenden sei, sei die Wahl zum Bezirksbetriebsrat bei der OPD Dresden für ungültig zu erklären. Kollegen, Genossen aus dem Bereich der OPD Dresden! Schon jetzt gilt es in allen Dienststellen zu dieser neuen Situation Stellung zu nehmen. Bereitet überall die Aufstellung roter Betriebsräte vor. Kämpft an der Seite der Kommunistischen Partei gegen erneuten Steuerdruck, Lohnabbau und Entlassungen!

In den Bahnen der Kapitalisten

Königsberger Konsumbonzen fordern 10 Prozent Lohnabbau

Der Vorstand des Konsumvereins für Königsberg und Umgegend hat am 1. Juni den Gehaltstarif der kaufmännischen Angestellten gekündigt. Weder der Betriebsrat noch der Zentralverband der Angestellten hat der Belegschaft bisher von der Kündigung Mitteilung gemacht. Das ist verständlich, da die sozialfaschistischen Genossenschaftsbonzen von Königsberg die schamlose Forderung auf zehnprozentigen Lohnabbau gestellt haben und der sozialdemokratische Betriebsrat und der sozialdemokratische Ortsvorstand des ZdA die Empörung der meist in der SPD organisierten kaufmännischen Konsumangestellten über die kapitalistischen Methoden der sozialdemokratischen Konsumbürokratie fürchten. Offenbar will man die Belegschaft vor vollendete Tatsachen stellen.

Das Vorgehen der Konsumbürokratie bedeutet keineswegs eine Ueberraschung. Die Verhandlungen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie mit den Unternehmern haben zur Vereinbarung geführt, einen allgemeinen Abbau der Löhne der Arbeiter vorzunehmen. Alles Geschrei der „linken" Sozialdemokraten in Sachsen, daß man den schärfsten Kampf gegen die Lohnabbauoffensive der Unternehmer führen werde, ist nichts anderes als ein elendes Betrugsmanöver an der Arbeiterschaft. Die Sozialfaschisten, die Kettenhunde des Kapitals, haben durchzuführen, was ihnen die Hugenberg, Klöckner diktieren. Die Genossenschaftsbürokratie geht, wie das Unternehmertum, auf's Ganze. Unter dem Deckmantel, daß man konkurrenzfähig gegenüber dem privaten Handel bleiben müsse, kürzt man die Gehälter der kaufmännischen Genossenschaftsangestellten. Königsberg bildet keine Ausnahme, bei einer Lohnbewegung der Bäcker im Konsumverein Vorwärts Dresden im letzten Herbst wurde von einzelnen sozialfaschistischen Genossenschaftsbürokraten die gleiche Haltung eingenommen wie jetzt in Königsberg. Gegen den Versuch, die Gehälter der Konsumangestellten zu kürzen, muß sich die gesamte Mitgliedschaft der Konsumgenossenschaften energisch zur Wehr setzen. Die Genossenschaftsangestellten aber müssen die Lehre ziehen, sie müssen erkennen, daß nur die RGO ihre Interessen vertritt, daß es nur die Kommunistische Partei ist, die rücksichtslos den Kampf gegen den Lohnraub führt. Genossenschaftler! Gebt die Antwort den Lohnräubern in den Konsumgenossenschaften.

Wählt am 22. Juni die Liste 3!

So sieht die Partei der „Kapitalsfeinde" aus

Gebt den National- und Sozialfaschisten die Antwort, wählt Liste 3!

Die Presse der nationalsozialistischen Mörderpartei schlägt jetzt die radikalsten Phrasen und spricht vom Generalstreik gegen den Unternehmerangriff. Nicht nur Italien, sondern auch Deutschland zeigt, daß die Nationalsozialisten die treueste Garde des Unternehmertums sind, da bei den Kämpfen der Arbeiter um Lohn und Brot die Unternehmer die Streikbrecher aus den Reihen der Nationalsozialisten holen. Im „Völkischen Beobachter" vom 3. Juni d. J. ist folgende Anzeige in größter Aufmachung zu lesen:

> Am 30. Mai wurde in Tegernsee unser langjähriger Präsident
>
> Herr Kommerzienrat
> *Max Kirschner*
>
> Ehrenpräsident des Bayrischen Brauerbundes nach längerer Krankheit aus dem Leben gerissen.
>
> Mit dem Verstorbenen sinkt eine der markantesten Gestalten des altbayrischen Wirtschaftslebens der Gegenwart ins Grab.
>
> Wir beklagen mit seinem Hinscheiden den Verlust eines Verbandsvorsitzenden, der uns stets ein warmes Herz entgegenbrachte und dessen nie ermüdende Schaffenskraft, Zielstrebigkeit und restlose Hingabe an die ihm anvertrauten Aufgaben bis in seine letzten schon vom Tode umschatteten Tage hinein uns jederzeit ein aneiferndes Vorbild waren und bleiben werden.
>
> *Für die Geschäftsstelle des Bayrischen Brauerbundes*
> Dr. C. Stiegler.

Das ist das wahre Gesicht dieser „Mörderpartei", die sich „Arbeiterpartei" nennt. Die ärgsten Ausbeuter, die blutgierigen Unternehmer, die Offiziere, Fürsten und alles übrige hocharistokratische Gesichmeiß, das wird mit offenen Armen in der NSDAP aufgenommen, das wird in den Spalten der nationalsozialistischen Presse verherrlicht. Macht Schluß mit dieser Partei der Arbeitermörder, mit dieser Unternehmer-, Prinzen- und Offizierspartei, die die Proleten für die Ziele des blutigen Faschismus mißbrauchen will! Klärt die irregeführten nationalsozialistischen Proleten auf, werbt und agitiert für die **Wahl der Liste 3!**

„Wer nicht arbeitet, soll beten"

Christliche „Lösung" des Arbeitslosenproblems

Während drei Millionen hungern und die Brüning-Regierung einen neuen radikalen Abbau der Erwerbslosenversicherung plant, ist einem Pfaffen eine Erleuchtung gekommen, wie den hungrigen Erwerbslosen der Magen gefüllt werden kann, ohne daß Staat oder Unternehmer etwas dazu tun. Der Mann ist wert, der Arbeiteröffentlichkeit vorgestellt zu werden. Der Pater Johannes Rosenbach aus Clewe schreibt in der katholischen Zeitung „Volksfreund":

„Wer nicht arbeitet, der soll beten. Wer arbeiten, nicht beten will, der soll auch nicht essen, denn er erfüllt in keiner Weise die ihm vom Schöpfer gegebene Lebensaufgabe." (!!)

Was meinen wohl die christlichen Arbeiter zu dieser frechen Verhöhnung der hungernden Erwerbslosen? Die Zentrumspartei in der Regierung auf der einen Seite raubt den Erwerbslosen das Brot und der Pfaffe auf der anderen Seite ermahnt sie, doch fest drauf loszubeten. Macht Schluß mit diesem Spuk und reiht euch ein in die Rote Front, die den Kampf gegen die Volksausplünderer und Volksverdummer führt.

Wählt am 22. Juni Liste 3!

Dividende, Dividende!

Die Profitgier der Kapitalisten kennt keine Grenzen. Die Proleten werden ausgebeutet und mit Zustimmung der reformistischen Gewerkschaftsführer wird jetzt ein groß angelegter Raubzug auf die Löhne der Arbeiter durchgeführt. Arbeitslose verrecken! Die Kapitalisten fahren an die Riviera und verprassen dort das aus den Knochen der Arbeiter herausgeschundene Geld. „Unternehmer in Not" ruft der sächsische Industrielle Wittke, und die Dresdner Volkszeitung öffnete ihm bereitwilligst ihre Spalten, damit Herr Wittke in der Lage ist, die sozialdemokratischen Arbeiter von der „Not der Unternehmer" zu überzeugen. Arbeitsgemeinschaft, zum Zweck der Durchführung des Lohnabbaus und der Erhöhung des Profits der Ausbeuterklasse. Dividende! Dividende! ist der Ruf der Aktionäre. Ungeheure Dividendensätze schütten die kapitalistischen Unternehmungen aus. So geben:

AG für medizinische Produkte Berlin	**14 Prozent**
Zwickauer Kammgarnspinnerei, Zwickau	**12 „**
C. H. Knorr AG Heilbronn a. N.	**12 „**
Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-AG	**10 „**
Raiffeisen Versicherungsgesellschaften	**10 „**
Teutonia Zementwerk Hannover	**12 „**

Arbeiter, merkt euch dies! Organisiert den Kampf gegen Lohnabbau für Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich! Für Lohnerhöhung von 20 Pf. pro Stunde!

Kämpft mit der Kommunistischen Partei!
Organisiert den Kampf Klasse gegen Klasse!
Wählt Kommunisten!

Kollege Metallarbeiter!

Hast du schon auf der Liste der IAH für den Kampffonds gegen die Lohnabbau-Offensive der sächsischen Metallindustriellen gezeichnet? Wenn nicht, dann hole das sofort nach, denn

Es gilt den Kampf um Lohn und Brot zu organisieren!

In allen Betrieben

müssen die Belegschaften zu der Unternehmeroffensive Stellung nehmen und zum Kampf um den Siebenstundentag und Erhöhung der Löhne mobilisieren.

Gemüse, Salate, schwache Suppen, Soßen und alle Fleischgerichte erhalten augenblicklich unvergleichlichen Wohlgeschmack durch wenige Tropfen

MAGGI's Würze

Verlangen Sie aber ausdrücklich MAGGI's Würze

Rund um den Erdball

Heute nacht geht's in Neuyork um ein Dutzend Dollarmillionen

Weltmeisterschaftsrummel Schmeling — Sharkey

Bürgerliche Sensationspresse hämmert die Millionenmasse ihrer Leser K. o. Der ganze Rummel 90 Prozent Geschäft und nur 10 Prozent Sport

Das von der gesamten bürgerlichen Sensationspresse seit Wochen in Szene gesetzte Trommelfeuer um den Boxweltmeisterkampf zwischen Schmeling und Sharkey hat mit dem heutigen Tage seinen Höhepunkt erreicht. Die Riesenlettern sämtlicher Zeitungen weisen auf den welterschütternden Boxkampf hin, der heute nacht im Yankee-Stadion von Neuyork zwischen dem Amerikaner Sharkey und dem Deutschen Schmeling ausgefochten wird.

Der blödeste Antibolschewismus, die giftigste Kommunistenhetze rangieren heute in allen bürgerlichen Redaktionen der Welt als zweitrangige Sensation. Wir wissen nicht, wer heute von den beiden „Weltheroen" vor den hunderttausend heulenden und johlenden amerikanischen Spießern im Neuyorker Yankee-Stadion mit einem mörderischen K. o.-Schlag zu Boden geschlagen wird. Wir wissen nur, daß einzig und allein die bedauernswerte Millionenmasse, die unter dem Einfluß der amerikanischen, deutschen, englischen, französischen usw. Pressekonzerne steht, in geistiger Beziehung in den letzten Wochen wahrhaft K. o. geschlagen wurde.

Und warum dieser riesige Reklamerummel? Warum diese Ströme von Druckerschwärze? Geht es um ein bürgerliches „Menschheitsideal"? Um nationale „Belange"? Um ein hohes kulturelles Ziel? Um Wissenschaft? Um Kunst?

Nein, es geht nicht einmal um Sport! Sondern einzig und ausschließlich auf der ganzen Linie um den dreimal geheiligten Profit!

„Bußneß", sagt der Amerikaner. Und während der deutsche Leser von seiner heuchlerischen Pressekanaille durch nationale und sportlich-technische Phrasen besoffen gemacht wird, hält es die trostlos blöde amerikanische Presse nicht einmal mehr für notwendig, zu verschweigen, daß es hier um ein Riesen-Bußneß geht.

Selbst die an diesem Bombengeschäft unmittelbar Beteiligten denken nicht daran, zu verheimlichen, daß ihnen die sportliche Seite dieses Boxkampfes „piepschnurz" ist, jedoch das Verdienen bei ihnen riesengroß geschrieben wird. Ein Beispiel: Irgendein bürgerlicher Schmok interviewt Frau Sharkey. „Wird Ihr Mann Weltmeister?" fragt unser Schmok mit aller Ehrerbietung, wie es sich gegenüber der „Gemahlin" eines Weltheroen geziemt.

„Ja, wissen Sie", antwortet huldvollst Frau Sharkey, „ich bin sehr dafür, daß mein Mann boxt. Er verdient damit viel Geld."

Aber auch von Schmeling, dem deutschen Nationalheros, müssen einige Zeitungen berichten, daß bei ihm die maßlose Gier nach Geld die Triebkraft seiner sportlichen Betätigung ist. Denn einzig und allein aus diesem Grunde soll Schmeling auf einen wirklichen Trainer für seine Vorbereitungsarbeit verzichtet haben. Wie man sieht, bauen die ganz Klugen bereits vor. Im Falle der — voraussichtlichen — Niederlage Schmelings kann man sich stolz an die Brust schlagen und auf seine Unterlassungssünden hinweisen. Selbst die gute, alte, vornehme „Tante Voß" — also die „Vossische Zeitung" — die treu und brav, allerdings auf ihre Art, den riesigen Reklamerummel mitgemacht hat, warnt jetzt vor übertriebenem Optimismus.

„Wir sahen Schmeling trainieren und stellen fest, daß er keine Weltmeisterklasse zeigte.

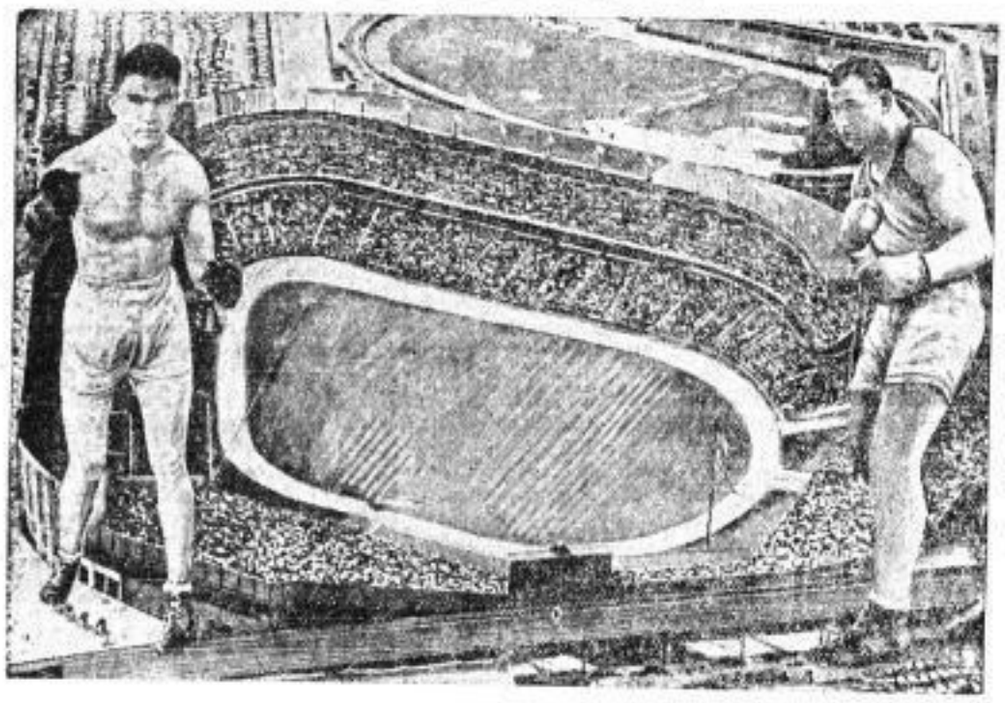
Egon Stief verdrosch ihn mit Linken (die kaum einen Vergleich mit Sharkeys berühmter Linker aushalten können), nach Belieben. Schon ist drüben Sharkey 3 : 1 Favorit. Nach den fast katastrophalen Berichten der letzten Uebungskämpfe dürfte er auf 4 und 5 : 1 hinaufschnellen." Und dann macht die „Voß" ein wertvolles Eingeständnis über das wahre Wesen dieses Boxrummels: „Das ist sehr günstig für Schmeling. Berufsboxen ist drüben zu 90 v. H. business (also Geschäft) und nur 10 v. H. „Sport".

Die Buchmacher sind die wahren Herren des Handels auf dem Boxmarkt. Und bei solchen Odds (Wetteinsätze) kann ein Schmeling-Sieg für sie den Wert von einem Dutzend Dollarmillionen darstellen.

Und für dieses Dutzend Dollarmillionen, die in die unergründlichen Taschen von Buchmachern und sonstigen Sensationsunternehmern und nicht zu vergessen in die Tresors des amerikanischen Hearst-Preß-Konzerns, als dem eigentlichen Veranstalter dieses Rummels, fließen, wird eine ganze Welt verrückt gemacht. Werden Millionen von Menschen, die unter dem barbarischen kapitalistischen Ausbeutungssystem nicht das Notwendigste zum Leben haben, von ihren Tagesnöten abgelenkt und in einen Fiebertaumel der Sportbegeisterung versetzt.

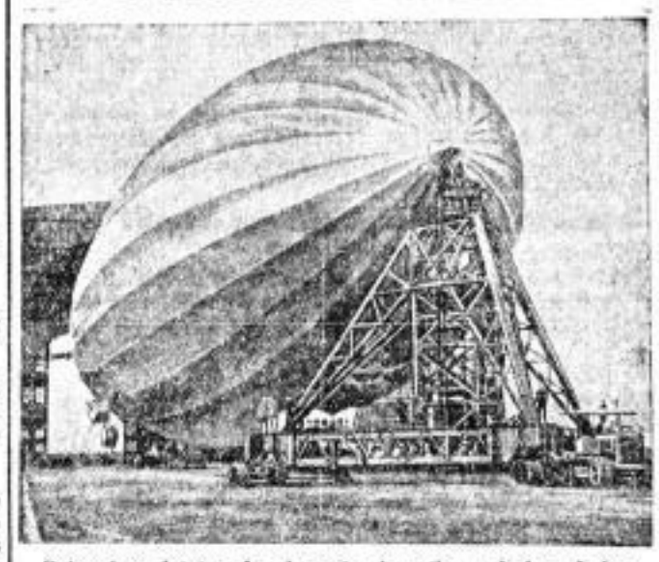
Nun, die revolutionäre Arbeiterschaft und insbesondere die deutsche, deren sportlich aktiver Teil erst am Sonntag in Erfurt die wichtigen Aufgaben des Arbeitersports diskutiert hat, wird auf diesen Weltfischzug der Buchmacher nicht hereinfallen. Sie wird im Gegenteil mit verstärktem Eifer in Verbindung mit der revolutionären Partei des Proletariats alles daransetzen, daß bald die kapitalistischen Fesseln, durch die der wahre Volkssport gehemmt wird, niedergerungen werden.

Hier wird der USA.-Spießer heute nacht toben



Unser Bild zeigt das gewaltige Yankee-Stadion in Neuyork, in dem heute Nacht Sharkey und Schmeling, der „Schwarze Ulan vom Rhein", vor hunderttausend tobenden und johlenden amerikanischen Spießern den Boxkampm ausfechten werden. Links sehen wir den deutschen, rechts den amerikanischen Nationalheros.

Der fahrbare Ankermast



Bei seiner letzten Landung in Amerika auf dem Lakehurster Landungsplatz hat der Reklame-Zeppelin zum ersten Male auch den neuen fahrbaren Ankermast benutzt. Eine ähnliche Anlage wie sie in unserem Bilde zu sehen ist wird nunmehr auch für Friedrichshafen geplant.

Raubüberfall auf einen Kassenboten

Wildwest in Leipzig — Mit 15 000 Mark entkommen

Leipzig, 11. Juni. Am Mittwoch vormittag gegen lebtesten Viertel von Leipzig, ein verwegener Ueberfall auf den Kassenboten einer Bankfirma nach dem großen Vorbild Chikagoer Verbrecher verübt.

Der Kassenbote Goldacker hatte von der Reichsbank 15 000 Mark geholt. Auf dem Heimwege nach dem Büro seiner Firma am Rathausring wurde der Bote

von zwei Männer, die aus einem Auto herausprangen, niedergeschossen, um ihm dann seine Aktentasche mit den 15 000 Mark zu entreißen.

Nach diesem verwegenen Ueberfall sprangen die Räuber wieder ins Auto und ergriffen die Flucht in der Richtung des „alten Theaters".

Straßenpassanten zu Fuß, zu Rad und per Motorrad nahmen sofort die Verfolgung der Fliehenden auf. Selbst der Ueberfallene beteiligte sich trotz seiner schweren Verletzung daran. An der Ecke Löhrstraße hatte einer der dort arbeitenden Straßenarbeiter die Rufe der Verfolger vernommen und versuchte, sich dem Auto entgegenzustellen. Er wurde jedoch durch mehrere Schüsse niedergestreckt.

Auf der Delitzer Straße ließen die Räuber das Auto stehen und bestiegen einen gerade vorüberfahrenden Straßenbahnwagen. Trotzdem sich a n der Verfolgung schließlich auch ein Ueberfallkommando beteiligte, gelang es den Unbekannten, zu entfliehen.

Sie haben auf ihre Verfolger insgesamt 15 Schüsse abgegeben.

Der überfallene Kassenbote hat einen Schuß ins Bein und einen in den Unterleib erhalten. Das zur Tat benutzte Auto trug eine Berliner Autonummer und ist, wie sich bereits herausgestellt hat, am 8. d. M. in Berlin gestohlen worden.

Lübecker Elternschaft tritt auf den Plan

Endlich der Hauptverantwortliche am Bazillenmord suspendiert — Wann erfolgt seine Verhaftung? — Der 37. Säugling hingemordet

Lübeck, 11. Juni. Endlich hat sich die Lübecker Gesundheitsbehörde, bekanntlich die Hauptverantwortliche an dem Massensterben von Säuglingen proletarischer Herkunft durch den mörderischen Calmette-Schutzkraft, veranlaßt gesehen, Obermedizinalrat Dr. Altstedt, „bis auf weiteres" vom Amt zu beurlauben. Hiermit ist die Gesundheitsbehörde widerwillig der immer wieder von der Lübecker Elternschaft leidenschaftlich erhobenen Forderung auf Beseitigung Dr. Altstedts nachgekommen.

Doch bedurfte es erst einer nochmaligen stürmischen Willenskundgebung der von grenzenloser Verzweiflung und Empörung erfaßten Eltern, bis die Gesundheitsbehörde dieser selbstverständlichen Forderung nachkam. Diese Versammlung hat am Dienstag abend in Lübeck stattgefunden und wurde von dem von den Eltern der mit dem Calmette-Schutzkraß gefütterten Säuglinge eingesetzten Ausschuß einberufen.

Trotzdem mit Hilfe eines riesigen Polizeiaufgebotes kommunistische Eltern mit brutaler Gewalt aus dem Saal befördert wurden,

zeigte der stürmische Verlauf der Kundgebung, daß sich die Elternschaft keineswegs mit der Suspendierung Dr. Altstedts zufrieden geben wird. Da man die kommunistischen Eltern in dieser Versammlung verhindert hatte, ihre Auffassung darzulegen, holten sie das ausgiebigst durch Verteilung von Flugblättern vor dem Versammlungslokal sowie in der Stadt nach.

Inzwischen ist der 37. Säugling an der mörderischen Wirkung des Calmette-Schutzkraßes gestorben. Und viele werden noch nach Ansicht der Aerzte dem verbrecherischen Leichtsinn des Lübecker Gesundheitsamtes zum Opfer fallen. Wann endlich erfolgt die Verhaftung Altstedts und Dykes?

Gasexplosion im Tunnelbau

Rom, 11. Juni. Beim Tunnelbau für die Anlage einer Wasserleitung für die süditalienische Stadt Avellino sind fünf Arbeiter durch eine Gasexplosion getötet und sieben schwer verletzt worden. Die Katastrophe geschah in einer Tiefe von 150 Metern. Von den Verletzten schweben einige noch in Lebensgefahr.

Schweres Verkehrsunglück bei Siegburg

Am Dienstagnachmittag ereignete sich an einem schrankenlosen Bahnübergang zwischen Donrath und Lohma ein schweres Verkehrsunglück. Ein Lieferwagen, in dem sich der Chauffeur und sein Begleiter befanden, wurde, als er an der Hauptstraße über die Bahngleise fahren wollte, von der Lokomotive eines heranfausenden Zuges erfaßt und etwa hundert Meter weit mitgeschleift. Die beiden Insassen wurden auf der Stelle getötet.

Bereits 35 Todesfälle beim Baden

In den wenigen Tagen, in denen das warme Wetter das Baden im Rhein gestattet, sind allein im Kölner Gebiet nicht weniger als 35 Todesfälle durch Ertrinken vorgekommen.

SLUB
Wir führen Wissen.

Gegen Kulturreaktion! Liste 3!

Kämpft mit der KPD gegen Bürgerblock, Pfaffenherrschaft, gegen faschistische Volksverdummung gegen die sozialdemokratischen Marx-Verfälscher

Nur der Kommunismus bringt Kulturaufstieg

„Die Entwicklung der Produktivkräfte der kommunistischen Weltgesellschaft macht die Hebung des Wohlstandes der gesamten Menschheit und die stärkste Verkürzung der der materiellen Produktion gewidmeten Zeit möglich und eröffnet damit eine Blütezeit der Kultur. Diese neue Kultur der zum ersten Male geeinten Menschheit, die alle Staatsgrenzen zerstört hat, wird — im Gegensatz zum Kapitalismus — auf klaren und durchsichtigen Beziehungen der Menschen zueinander beruhen. Sie wird daher Mystik und Religion, Vorurteile und Aberglauben für alle Zeiten begraben und damit der Entwicklung siegreicher wissenschaftlicher Erkenntnis einen mächtigen Anstoß geben."

(Aus dem Programm der Kommunistischen Internationale.)

Der ungeheure Kulturfortschritt der Menschen in der kommunistischen Gesellschaft kann nicht klarer als in den obigen Sätzen veranschaulicht werden. Seit Beginn des proletarischen Befreiungskampfes ist der Kampf für den Kulturfortschritt ein wichtiger Bestandteil des proletarischen Emanzipationskampfes. Sowohl ideologisch, als auch methodisch wird ein unausgesetzter Kleinkrieg des Proletariats an der Kulturfront gegen die herrschende Klasse und ihre Lakaien geführt. Der Kulturkampf der Klassen spiegelt haargenau den Grad der Zuspitzung der Klassengegensätze wider. Je schwieriger die Lage der herrschenden imperialistischen Mächte, desto schärfer das Trommelfeuer gegen die unterdrückten werktätigen Massen. Revolutionäre Künstler — Maler, Literaten, Filmregisseure usw. — und ihre Werke werden von der Klassenjustiz verfolgt und unterdrückt, während gleichzeitig die Kirche zu ihrer die Massen verblödenden Arbeit Millionengeschenke aus den Steuermitteln des Staates erhält. Allein in Preußen werden der römisch-katholischen Kirche über 80 Millionen jährlich von der Regierung des SPD-Führers Braun aus den Steuermitteln geschenkt. Dadurch ist die Kirche in die Lage versetzt, ihren Apparat zur Verdummung der Massen auszubauen. Daß die Hauptkräfte pfäffischer Verdummungsarbeit in erster Linie auf das proletarische Kind und die proletarische Jugend losgelassen werden, ist nur erklärlich. Die herrschende Klasse versucht die heranwachsende Jugend geistig zu knebeln.

Diese systematische Kulturreaktion als eins der wichtigsten Mittel der Imperialisten zur Knebelung der Massen hat im Proletariat eine gewaltige Gegenbewegung geschaffen. Die revolutionäre Freidenkerbewegung des Proletariats, die revolutionäre Kinderbewegung, die Studenten- und Schülerorganisationen und die jungen Künstler, die sich in den Dienst des proletarischen Befreiungskampfes stellen, stehen allen Terrormaßnahmen der Trust- und Finanzgewaltigen zum Trotz im entschlossenen Kampf gegen die herrschende Klasse.

Der Kulturkampf des Proletariats zeigt aber ebenso wie auf den anderen Frontabschnitten des Klassenkampfes, daß die SPD-Führer bestrebt sind, die Klassenideologie und die revolutionären Kampfesregeln des Proletariats, die Lehren des Marxismus, Leninismus zu verfälschen. Gerade die SPD-Führer und an ihrer Spitze die „Linken" um Sievers sind es, die die proletarische Freidenkerbewegung spalten. Sie fordern „Anerkennung" der Freidenkerorganisation vom kapitalistischen Staat als „öffentlich-rechtliche Körperschaft". Die SPD tritt alle revolutionären Traditionen des proletarischen Kulturkampfes mit Füßen.

„Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie „Feuer und Wasser", erklärte der greise August Bebel. Ein Prinzip muß das andere vernichten. Eine Ueberbrückung von Christentum und proletarischem Befreiungskampf ist unmöglich. Gerade die jetzt immer stärker einsetzende Hetze der Pfaffen gegen das Proletariat und vor allem gegen die Sowjetunion beweisen, daß sich die Kirche dieser Tatsache völlig bewußt ist und danach handelt. So schreibt der „Sonntagsfriede", ein katholisches Wochenblatt, im Hakenkreuzjargon:

„Gott will es. Mit diesem Rufe griffen einst die Kreuzfahrer zu den Waffen, um den Ungläubigen das heilige Land zu entreißen — — — Mit diesem Rufe sollten auch heute wieder begeisterte Kreuzprediger durch die Lande ziehen und die untätige Christenheit aufrufen zum heiligen Streite — zum Entscheidungskampf zwischen Christ und Antichrist, zwischen Glaube und Gottlosigkeit, zwischen Kreuz und Sowjetstern."

Dessen ungeachtet erklärt die SPD in ihrer Programmbroschüre:

„Wenn die Sozialdemokratie für alle öffentlichen Einrichtungen auf dem Gebiet der Kultur den Grundsatz der Gerechtigkeit aufstellt, so nimmt sie damit nicht Stellung gegen die Religion...

Man kann ein fromm gläubiger Christ, ein streng gläubiger Katholik und doch ein vortrefflicher Sozialdemokrat sein."

Diese beiden Sätze zeigen die Richtigkeit unserer obigen Behauptung, daß die SPD das sozialistische Prinzip des Kulturkampfes zugunsten des bürgerlichen Betrugs aufgab. Daraus ist auch zu erklären, daß der „linke" Hartsch im Sächsischen Landtag an den Bürgerblock appellierte mit folgenden Worten:

„Sie haben hier ein Gebiet, wo sie einmal beweisen können, daß sie mit wirklicher Neutralität über die Interessen der Schulen wachen."

Die Stellung der sozialdemokratischen Führer zu den Kulturfragen entspricht ihrer verräterischen Haltung zu den übrigen lebenswichtigen Fragen des Proletariats. Sie ist ein Faustschlag in das Gesicht der Arbeiter. Die „Linken" haben sich ebenso wie der Konkordats-Parteivorstand der SPD die Aufgabe gestellt, den Pfaffen, die nach dem Kriege, wie alle Reaktionäre, vor den drohenden Massen zurückwichen, den Weg freizumachen.

Die Arbeiterklasse Sachsens und die mit dem Proletariat in einer Kampffront stehende Intelligenz führt den Wahlkampf im Zeichen der kulturpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse.

Keinen Pfennig für die Religionsgesellschaften!
Trennung von Kirche und Staat!
Heraus mit den Pfaffen aus der Schule!
Weltlichkeit des gesamten Schulunterrichts!
Kontrolle der Lehrpläne durch die proletarischen Elternorganisationen!
Aufhebung des JSB-Verbots!
Beseitigung des Külzschen Schund- und Schmutzgesetzes!
Völlige Lernmittelfreiheit an allen Schulen!
Schärfster Kampf gegen alle, die direkt oder indirekt die Kulturreaktion unterstützen!

Diesen Kampf an der Kulturfront des Proletariats führt allein die Kommunistische Partei. Sie und die Kandidaten der Liste 3 bieten die Gewähr einer außerparlamentarischen Massenmobilisierung gegen den reaktionären Vorstoß der Pfaffen. Sie führen den Kampf für die Beseitigung des kapitalistischen Systems, der Voraussetzung eines gewaltigen Kulturaufschwunges, wie auch der restlosen Durchführung der oben aufgestellten Forderungen.

Der Skandal von Jena

Nationalsozialistische Kulturreaktionäre erhalten die Antwort am 22. Juni durch die Wahl der Liste 3

Die faschistische Regierung Frick in Thüringen hat einen Dr. Günther als Professor für Rassenkunde an der Universität Jena ernannt. Diese Ernennung hat selbst die reaktionären Professoren der Universität Jena veranlaßt, dagegen Front zu machen. Man muß Günthers „wissenschaftliche" Leistungen selbst kennen, um zu verstehen, welche Kulturbildner die Faschisten sind. Ein einziges Zitat aus Günthers „Rassenkunde des deutschen Volkes" beweist, was Geistes Kind dieser nationalsozialistische Professor ist. Er sagt:

„Man frägt nicht mehr vernünftelnd nach Sinn oder Zweck oder gar nach dem Wert des eigenen Volkstums oder der eigenen Rasse; man hat erkannt, daß die Mächte des Blutes dem Zergliedern des Verstandes kaum noch zugänglich sind, daß Blut, Rasse, Volkstum und angeborenes Wesen selbst die Verstandesleistung und wissenschaftliche Erkenntnis vielfach (!) bedingen. Man erkennt, daß das ererbte Blut eines Menschen sein eigenster, sein schicksaligster Besitz ist; so kommt man dazu, das Bluterbe als das Gewisseste anzusehen, das allem Glauben und allen Werten erst die Echtheit gibt; man kommt dazu, im Bluterbe eines Menschen sein Wesen und Sein zu spüren, das ihn echter bezeichnet als sein Tun. Und so endlich ist für Liebe und Glauben die eigentliche Heimat gefunden."

Soviel Unsinn auf einmal kann nur ein nationalsozialistischer „Professor" zusammenschreiben. Die thüringische Regierung hat sich mit der Ernennung dieses Günther ein Denkmal gesetzt, das sie der Lächerlichkeit preisgibt. Die Arbeiter jedoch und alle diejenigen, die es ernst nehmen mit dem Kampf gegen den Faschismus, sollen sich erinnern an den Brief jenes Hakenkreuzoffiziers vom 16. Februar, der betont, es sei nicht gut, daß die „Massen zu intelligent sind", weil sie sonst nicht für den Faschismus gewonnen werden können. Landsknechte, die mit der Mordwaffe gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Arbeitermassen eingesetzt werden, bedürfen keiner Intelligenz. Deshalb ist die Ernennung des Faschisten Günther als „Professor" für Rassenkunde und Eugenik nicht eine wissenschaftliche, sondern eine politische Demonstration. Die Nationalsozialisten haben hier durch Frick den Nachweis erbracht, daß es ihnen darauf ankommt, die Massen durch antisemitischen Unsinn zu verblöden. Diese Verdummungspolitik der Nationalsozialisten ist ein wichtiger Bestandteil ihrer konterrevolutionären Tätigkeit für das Finanzkapital.

Die Antwort muß diesen Burschen erteilt werden am 22. Juni durch die Wahl der Liste 3!

Kommunisten für Schulfortschritt

SPD und Nazis in Einheitsfront mit dem Bürgerblock — Jugendliche und Arbeitereltern, gebt ihnen die Quittung durch Wahl der Liste 3!

Am 10. Dezember 1929 brachte die kommunistische Fraktion folgenden Antrag ein:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen,

1. *die Verordnung vom Juni 1927, betr. das Verbot des Jungspartakusbundes und der politischen Betätigung der Schüler, sofort aufzuheben;*
2. *sofort eine Revidierung der Schulordnungen durchzuführen und insbesondere alle Bestimmungen über das außerschulische Aufsichtsrecht der Lehrer aus diesen Schulordnungen zu entfernen;*
3. *die sofortige Aufhebung aller vom Dresdner Ausschuß für höhere Schulen eingeleiteten Maßnahmen oder sonstigen die persönliche Freiheit der Schüler einschränkenden Bestimmungen zu veranlassen;*
4. *sofort dahingehend zu wirken, daß die relegierten Schüler an den Schulen wieder aufgenommen werden oder ihnen die Möglichkeit der Fortsetzung ihres Studiums an einem Staatsgymnasium zu geben."*

Dieser Antrag wurde bis auf den Absatz 4 gegen die Stimmen der Kommunistischen Partei abgelehnt. Auch die SPD, die in der Agitation sehr gern ihre „schulfortschrittliche" Stellung herauszustreichen versucht, hat sich als gerissener Verteidiger der Schulreaktion gezeigt. Von den Faschisten und den Bürgerlichen war eine andere als ablehnende Stellung nicht zu erwarten. Nur der Absatz 4 wurde angenommen mit der Einschränkung, den relegierten Schülern eine Abschlußprüfung zu ermöglichen. Die Durchführung dieses Beschlusses wurde aber sabotiert. Einige Schüler wurden trotzdem ausgewiesen.

Der Sächsische Landtag, das Parlament des Trustkapitals, bewies durch diese Haltung, daß es sein Bestreben ist, jede, selbst die geringste Freiheit der Schüler, rücksichtslos zu unterdrücken. Sie sollen zu Lohnsklaven und Bütteln des Finanzkapitals erzogen werden und jede selbständige Regung aufgeben.

6,5 Millionen für die Kirche

Kein Geld für Erwerbslose — Aber die „linken" SPD-Führer zur Mitarbeit am Bündgerprogramm bereit — Die Nazis ebenfalls mit von der Partie

Nach einer Vorlage der Regierung Bünger, die bereits am 14. Januar beraten wurde, soll ein Vertrag zwischen der evangelischen, der katholischen Kirche und anderen Religionsgemeinschaften beschlossen werden. Nach diesem Vertrag soll eine

jährliche Ablösungsrente von 2 395 850 Mark für Superintendenten- und Pfaffengehälter, für Stiftungen, Getreidezehnten, Entschädigungen und Unkosten für die Ausgaben der ehemaligen evangelischen Hofkirche gezahlt werden.

Außerdem sollen die Religionsgemeinschaften *jährlich 7 915 550 Mark nach dem Stande der Besoldungsordnung vom 1. April 1928* erhalten, d. h. also, dieser Betrag ändert sich mit der Besoldungshöhe der oberen Bürokratie und kann jederzeit geteuert werden. Dazu kommt *für den Verwaltungsaufbau, für die Abfindung der Ruheständler usw. eine einmalige Summe von 4 064 150 Mark.*

Die Grundlage für die Ablösungsrente bildet die Summe von 5 000 000 Mark, die als sogenannte bewegliche Ablösungsrente betrachtet werden soll.

Außer diesen materiellen Zuwendungen erhalten die Religionsgemeinschaften noch einen besonderen Schutz gesetzlich zugesichert. Er besteht darin, daß in erster Linie die Pfaffen das unbeschränkte Recht haben, die Beitragszuschläge der Mitglieder festzusetzen und daß der Staat diese Zuschläge im Weigerungsfalle einzutreiben verspricht. Ein Beschwerderecht gegen die Beitragserhöhung besteht erst bei einer Summe von 30 Mark jährlich. Somit haben nur Kapitalisten und Bezieher von Rieseneinkommen ein Beschwerderecht gegen eine zu weitgehende Erhebung der Beiträge. Durch diese Bestimmungen der Regierungsvorlage sind die Mitglieder der Kirche und der jeweiligen Religionsgemeinschaft, die als „öffentlich rechtliche Körperschaft" angesehen wird, vollkommen ausgeliefert.

Die Sozialdemokraten versuchen, wie aus der kürzlichen Tagung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung und den dort gefaßten Beschlüssen (Namensänderung in „Deutscher Freidenkerverband") klar hervorgeht, sich ebenfalls in den Dienst des kapitalistischen Staates zu stellen. Der SPD-Abgeordnete Neu betonte das schon im Sächsischen Landtag am 14. Januar:

„Ich muß bedauern, daß die sogenannten proletarischen Freidenker (gemeint ist der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung) noch nicht an den Staat herangetreten sind, daß auch ihnen die Rechte einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft eingeräumt werden. Das wäre möglich nach der Reichsverfassung ... Vielleicht genügt dieser Wink, wenn er im Lande verstanden wird, daß die Freidenker ... einen derartigen Antrag stellen werden."

Später sagt Neu:

„Einer derartigen Vorlage (gemeint ist die vorstehend beschriebene Regierungsvorlage — d. Red.) können wir natürlich niemals unsere Zustimmung geben. Selbstverständlich werden wir an dieser Vorlage mitarbeiten"

Die SPD ist also bereit, wenn den Freidenkern einige Brosamen zugeworfen werden, der Kirche Millionen zuzuschanzen, ebenso wie in Preußen. Die Nationalsozialisten, die für die Arbeitsbeschaffung keine Mittel zur Verfügung stellen können, weil, wie Killinger sagt, die „Wirtschaft das nicht vertragen" könne, haben sich mit keiner Silbe gegen den Bürgerblockanschlag auf die Steuerzahler gewandt. Die Faschisten glauben, mit Stillschweigen über diese Massenausplünderung der Steuerzahler im Interesse der reaktionären Religionsgemeinschaften hinwegtauschen zu können. Das muß ihnen gründlich versalzen werden.

Der Anschlag auf die Junglehrer

Ein besonders reaktionärer Anschlag ist die Absicht der sächsischen Regierung, ein Probejahr für die jungen Volks- und Berufsschullehrer einzuführen. Bei der Behandlung des Etats wurde diese Absicht vom Finanzminister Weber ausgesprochen. Gerade die jungen Lehrer haben außerordentlich schwer zu kämpfen, weil sie in der Regel gezwungen sind, in den ersten Jahren ihre Schulgelder abzutragen. Die kommunistische Fraktion beantragte deshalb am 14. März 1930:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen,

1. *die Einführung des Probejahres für Volks- und Berufsschullehrer zu unterlassen;*
2. *noch vor der Beratung und Verabschiedung des Staatshaushalts eine entsprechende Erklärung abzugeben."*

Der Faschist Kunz lobte das Bünderkabinett für den Ausgleich des Haushaltplans. Er erklärte, daß die NSDAP bereit sei, die Regierung bei der Balancierung des reaktionären Etats zu unterstützen und schwieg über den Angriff gegen die Junglehrer. Der „linke" SPD-Weckel tat ein Uebriges, den Anschlag des Bündgerkabinetts gegen die Volks- und Berufsschullehrer zu unterstützen. *Er als der Präsident des Landtages ließ den Antrag in den Papierkorb wandern. Bis heute wurde er nicht behandelt. Diese Toten widerlegen alle Agitationsphrasen der SPD und der Nazis, die jetzt ein Wahlgeschäft zu machen versuchen.*

SLUB
Wir führen Wissen.

Reformisten und Renegaten im Kampf gegen RGO

Oppositionelle Anträge zum Verbandstag werden nicht veröffentlicht! / Metallarbeiter, verteidigt euer Mitbestimmungsrecht! / Kämpft mit der RGO!

Die **Vorbereitung des 10. Verbandstages** durch die Bürokratie des DMV beweist schlagend die Feststellungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition von dem immer stärkeren Verwachsen der Gewerkschaftsbürokratie mit dem kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsapparat. Wenn noch 1928 die Opposition entsprechend dem Willen der Mitglieder **40 Delegierte zum Verbandstag** entsenden konnte, so wird diese Zahl infolge der offenen Gewaltmaßnahmen diesmal viel geringer sein. Wenn noch 1928 die Anträge der Mitglieder vom Vorstand **wenigstens zugelassen** wurden, wenn sie auch auf dem Verbandstag selbst der sozialdemokratischen Abstimmungsmaschine zum Opfer fielen, so läßt der Vorstand **in diesem Jahre die oppositionellen Anträge einfach nicht mehr in der „Metallarbeiterzeitung" abdrucken.**

Von 17 von der revolutionären Opposition eingereichten Anträgen hat der Vorstand in der „Metallarbeiterzeitung" vom 7. Juni nur zwei abgedruckt.

Die anderen hat er einfach in den Papierkorb geworfen, trotzdem diese Anträge zum Teil nicht nur von einzelnen Kollegen, sondern **von ganzen Mitgliederversammlungen beschlossen** wurden.

So hat im April die **Bezirksmitgliederversammlung St. Pauli in Hamburg den Antrag zur Verbandstaktik** mit übergroßer Mehrheit angenommen. Eine **Bezirksversammlung in Feuerbach** (Stuttgart) beschloß am 16. April gegen nur vier Stimmen den Antrag der Opposition, der den **Ausschluß Severings** und anderer Metallarbeiterminister und Parlamentarier und dafür die Wiederaufnahme oppositioneller Kollegen forderte. Trotzdem verfielen auch diese von den Mitgliedern gestellten Anträge der Vorstandsguillotine.

Dafür finden wir in der „Metallarbeiterzeitung" eine ganze Anzahl von Anträgen, die von der sogenannten Brandler-Opposition stammen. Jeder Metallarbeiter, der ernsthaft diese Anträge studiert, wird darin die alten Lobeshymnen dieser Renegaten der revolutionären Arbeiterbewegung von der Produktionskontrolle usw. wiederfinden. Es lohnt sich nicht, auf diese Anträge einzugehen, die in ihrem Tenor immer wieder fordern: Der Hauptvorstand wird aufgefordert, den ADGB zu ersuchen usw. Denselben ADGB, der in diesen Tagen mit den Schwerindustriellen um die Herbeiführung eines allgemeinen Lohnabbaus und um schärfere Mittel zur Knebelung der Arbeiter kuhhandelt.

Ein Arbeiter, der nicht an Gedächtnisschwäche leidet, erblickt in dieser Aufforderung lediglich die Absicht, die heranrollende Streikwelle der Arbeiterschaft abzubiegen mit der Vertröstung auf die Kampfbereitschaft der Bonzen. So ist es nicht verwunderlich, daß diese rechten Renegaten, die in Halle und Stuttgart und noch in einigen anderen Orten in trauter Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten gegen die revolutionäre Opposition hetzen, auch völlig mit der Abwürgung der oppositionellen Anträge, die zu den siedenden Problemen des Kampfes gegen Lohnabbau Stellung nehmen und den revolutionären Ausweg zeigen, einverstanden sind. Machte doch der Renegat Mäßner von der Stuttgarter Ortsverwaltung in der Generalversammlung vom 31. Mai folgende höhnische Bemerkung:

„Diese Anträge werden nicht veröffentlicht, sondern eventuell den Delegierten des Verbandstages in die Mappe gelegt."

In einem Schreiben, das der Vorstand des DMV an die Genossin Neubau in Dresden sandte, finden wir dieselben Worte wieder. In dem Schreiben des DMV-Vorstandes heißt es:

„Den von Ihnen zum Geschäftsbericht an den Verbandstag gestellten „Antrag" können wir nicht in der Metallarbeiterzeitung veröffentlichen und in das Antragsverzeichnis an den Verbandstag aufnehmen. Wir wollen Ihre Kundgebung jedoch den Delegierten als loses Blatt in die Mappe legen, so daß diejenigen Abgeordneten zum Verbandstag, die eventuell auf dem Boden Ihrer Anschauung stehen, auf diesen Antrag dann in der Debatte zum Geschäftsbericht Bezug nehmen können."

Diese Bemerkung beweist, daß die Renegaten mit dem Vorstand gemeinsam die Anträge der Opposition in statutenwidriger Weise bekämpfen. Die Angst des Vorstandes vor der Veröffentlichung der grundsätzlichen Anträge der Opposition entspringt der Absicht, den Mitgliedern nicht die in den Anträgen enthaltenen scharfen Abrechnungen mit der arbeiterfeindlichen Vorstandspolitik bekannt werden zu lassen.

Die Anhänger der revolutionären Metallarbeiteroppositionwerden diesen Bruch mit den statutarischen Bestimmungen in den Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen gebührend kennzeichnen. Sie werden den Kollegen aufzeigen, daß diese sozialfaschistischen Diktaturmaßnahmen der Gewerkschaftsbürokratie dokumentieren, daß sie gar nicht daran denken, den einzig möglichen Weg aus dem Elend, den die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zur Organisierung der Gegenoffensive des Proletariats gegen die Lohnabbauoffensive des Trustkapitals zeigt, zu gehen.

Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern zur Unterstützung der Unternehmeroffensive sind die Aufgaben, die die DMV-Bürokratie dem 10. Verbandstag stellt. Die Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition werden **in den Betrieben** und in Gewerkschaftsversammlungen die Anträge der Opposition **vor den Arbeitern zur Beratung stellen. Die Metallarbeiter werden sich nicht für die Arbeitsgemeinschaft und den Lohnabbau, sondern für den revolutionären Klassenkampf zur Erkämpfung von Lohnerhöhung, Siebenstundentag mit Lohnausgleich entscheiden.**

Die sächsischen Metallarbeiter werden den Reformisten und Renegaten die Antwort geben, indem sie am 22. Juni bei der Landtagswahl wählen

die Liste 3: KPD!

Kampftagung in Mansfeld

Am Montag fand in Eisleben eine Sitzung der erweiterten Zentralstreikleitung statt. Aus dem ganzen Mansfelder Land waren die Mitglieder der Zentralstreikleitung erschienen, um die zur erfolgreichen Fortsetzung des Kampfes notwendigen Maßnahmen zu beraten. Genosse Koenen sprach über: „Die Streikleitung als einzige Führung im Kampf."

Von 141 Mitgliedern der Streikleitungen der einzelnen Werke sind 89 Parteilose, ein Zeichen, in wie hohem Grade die revolutionären Streikleitungen die Organe der Einheitsfront sind. Die „Streikleitung" der Reformisten besteht aus Gewerkschaftsangestellten und Berufs-Betriebsräten. Der Genosse Otto Halle, der Vorsitzende der Zentralstreikleitung behandelte in seinem Referat die Aufgaben der Streikleitungen. Jeder Arbeiter muß zum Streikpostenstehen herangezogen werden. Die Versuche der Mansfeld AG. Streikbrecher heranzuziehen, müssen durchkreuzt werden. In Hettstedt und Eisleben werden auch Angestelltenversammlungen stattfinden. Zu Mittwoch vormittag wurde eine Demonstration in Eisleben festgesetzt, die die sofortige Auszahlung aller Restlöhne verlangen soll.

Während des Referats des Genossen Otto Halle war eine Delegation von Berliner roten Sportlern, die sich auf der Rückfahrt vom Reichstreffen in Erfurt befanden, im Tagungslokal erschienen. Sie wurden stürmisch begrüßt. In einer Ansprache trugen sie die Wünsche der roten Arbeitersportler vor und erklärten sich solidarisch mit den streikenden Mansfelder Arbeitern.

Provokateur Pilsudski

Die am 5. Juni, mehr als einen Monat nach dem vereitelten Bombenanschlag auf die Sowjetgesandtschaft in Warschau, in Moskau überreichte politische Antwortnote an die Sowjetregierung wurde am 9. Juni veröffentlicht. Die Note ist völlig nichtssagend. Sie stellt lediglich fest, daß die polnischen Behörden, „trotz energischer Untersuchung", kein Ergebnis erzielt hätten. Trotz Schwierigkeiten würden die Nachforschungen „mit größter Energie" fortgesetzt. Es sei „zu hoffen", daß sie einen Erfolg zeitigen. Die Note schließt mit der „festen Versicherung", daß Polen für die Sicherheit der in Polen lebenden offiziellen Vertreter der Sowjetunion „völliges Verständnis" besitze.

Ausschluß aus der Partei

Paul Wanner (Oppach) wurde wegen brandleristischer Fraktionsarbeit aus der KPD ausgeschlossen.

Walter Wilhelm (Meerane) ist wegen parteischädigenden Verhaltens ausgeschlossen worden. — Dasselbe ist geschehen mit Römisch (Zwickau).

Sekretariat der BL Sachsen.

Politischer Echo, Pirna. Alle Sängerinnen und Sänger müssen heute um 19 Uhr zur Notlage Uniformdefekt pünktlich anwesend sein.

Vorzügliche Suppenhühner
Pfund nur 1 M.
Abgabe nur an Mitglieder!
Konsumverein VORWÄRTS
KVD

Hutblumen
stopfen auf von
Hesse, Schaffstelstraße 12, p.
I. bis IV. Etage
Ein ganzes Haus voll Blumen
kurz für allerseits Auswahl

Am 10. Juni verstarb plötzlich unser lieber Mann, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager, der Schlosser in Firma Seidel & Naumann
Hermann Löwe
als Opfer der Rationalisierung im 49. Lebensjahr.
Dresden-A., Oranienstraße 38, IV, am 17. Juni 1929
Frau verw. Löwe geb. Schneider
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 19. Juni, 5 Uhr nachmittags auf dem Friedhof in Klein-Hobitzsch bei Frauenstein statt.

Erste Freitaler Schuh-Schnell-Besohlanstalt
Paul Siegert
Potschappel, Schulstr. 1; Deuben, Kornerstr. 8
Herrensohlen 3.50, Damensohlen 3.50
Auf- u. Umfärben von Schuhen in allen Modefarben 1.50. Auf Wunsch kann gewartet werden

Metall- u. Holzbettstellen
für Erwachsene und Kinder
Stahldrahtmatratzen
Auflege-Matratzen
nur eigene Anfertigung
Reform-Unterbetten
solide Qualitäten
Ewald Klugé
Pirna, Lange Str. 17

Durch ständiges Inserieren dauernder Erfolg
Den Vertreter der Arbeiterstimme erlangt man unter Nummer
17259

Vertrauenssache!
ist und bleibt eine gute, solide und dauerhafte **Polsterarbeit**
Copitzer Polsterwerkstätten
Fritz Rosenkranz, Tapezierermeister
Pillnitzer Straße 10, Hinterhäuse
Omnibushaltestelle: Liebethaler Straße

Alfred Scheunert
Dresden-Friedrichstadt
Peterstraße 11
Hausschlächterei
Kolonialwaren
Jeden Donnerst Schlachtfest

Motorräder
Fahrräder
Nähmaschinen
Sprechapparate
empf. bei reicher Auswahl
Willy Haak, Pirna-Copitz
Spezial-Repar.-Werkstätten
Teilzahlung gestattet

Ladestation sämtl. **Akkumulatoren**
Fahrräder, Nähmaschinen, Spezial-Nähmasch., Schreibmaschinen, Grammophone, Radioapparate und sämtliche Zubehörteile empfiehlt
Kurt Berthold, Mechaniker, Copitz
Pillnitzer Straße 16

Motor- u. Fahrräder, Nähmaschinen
Sprechapparate in reicher Auswahl bei
Emil Burghardt
Pirna, Dresdner Straße 2 c, gegenüber Fleischermeister Schulze — Kundendienst

Lacke
Farben
Firnisse
empfiehlt
Rich. Ehrlich
Pirna, Breite Straße

Gämtl. altbekannte
Biere
liefert frei Haus und Kantine
Erwin Rossig
Pirna
Alte Dresdner Straße

Farben
Lacke
und sämtlichen Malerbedarf
konkurrenzlos billig
Verlangen Sie Preisliste
Karl Langhärig
Pirna-Rottwerndorf
Fernruf 1088

Die Nachfrage
war so groß, daß wir bis auf weiteres
jeden Freitag u. Sonnabend
Makronen Torten
Ananas Torten / Schokoladen Torten
garantiert aus nur I° Zutaten
für
1 MK.

das Stück an den Ausstelltischen im Erdgeschoß zum Verkauf bringen.
HERMANN TIETZ
DAS WARENHAUS AM POSTPLATZ

Stadt- u. Landarbeiter,
Jungarbeiter u. Sportler
wen wählt ihr?
DIE AIZ HAT EINE GROSSE Sonder-nummer ZU DEN SACHSEN-WAHLEN HERAUSGEGEBEN!
Sorgt dafür, dass sie in allen Betrieben vertrieben und gelesen wird!
10 Pf

Der Simon-Bericht

Am Dienstag wurde in London der erste Teil des Berichts der **Simon-Kommission** über die Lage in Indien veröffentlicht. Im zweiten Band sollen erst die **Vorschläge** der Kommission über die Möglichkeiten einer Reform der indischen Verfassung bekanntgegeben werden.

Der Ueberblick über die Lage in Indien, d. h. der ganze Inhalt des 1. Bandes des Simon-Berichts, ist darauf angelegt, die **„Gründe"** aufzuzeigen, die eine **Fortdauer** der englischen Oberherrschaft in Indien rechtfertigen, ja geradezu fordern.

Die **religiösen Gegensätze,** sowie die Gegensätze zwischen den verschiedenen Kasten seien so tiefgehend, so unüberbrückbar, daß Indien niemals allein damit fertig werden würde.

Die Stellung der **Frau** im sozialen Leben sei derart, daß an eine wirkliche Selbstregierung Indiens in langer Zeit nicht zu denken sei.

Die soziale Frage erfordere ebenfalls auf lange Zeit hinein den „Schutz" der englischen Verwaltung.

Die verschiedenen Zweige der Zivilverwaltung seien **noch so ungenügend mit Indern besetzt, daß den Indern notwendigerweise noch auf Jahre hinaus die geeigneten Kräfte zur vollen Selbstregierung fehlten.** Das bisherige Erziehungssystem könne diese Lücke nicht ausfüllen. Das Analphabetentum sei so groß, daß nur ein Drittel der Wahlberechtigten, die wiederum nur 3 Prozent der Bevölkerung ausmachten, ihr Wahlrecht hätten ausüben können. Ohne wirklichen Parlamentarismus aber sei an eine wirkliche Selbstregierung nicht zu denken.

Neben diesen und vielen anderen „Argumenten" für die Notwendigkeit des britischen „Schutzes" enthält der Bericht in seinem ersten Teil nur zwei konkret angedeutete Vorschläge: erstens die Beseitigung der Doppelregierung in den Provinzen, durch die Zentralisierung des Polizei-, Militär- und Finanzwesens in der Hand der englischen Zentralbehörden, und zweitens die „Unabhängigkeit" von Burma (Hinterindien), eines reichen Rohstoffgebietes, das England bei dieser Gelegenheit einfach in die Tasche zu stecken gedenkt.

Der Bericht schließt mit der freundlichen Versicherung, daß das „britische Volk" mit der indischen „Selbstregierungs"-Bewegung „sympathisiere" und sich verpflichtet fühle, Indien „auf seinem Wege zu helfen".

★

Der Simon-Bericht hat in **Indien** wie eine Ohrfeige gewirkt. Selbst die indische bürgerliche Presse ist erschrocken über den Zynismus dieses imperialistischen Raubdokuments. „Bombay Chronicle" schreibt: **„Der Simon-Ausschuß beleidigt Indien".** Alle Blätter sind sich darin einig, daß der Bericht **„viel schlimmer"** ist, als es die schlimmsten Befürchtungen ahnen ließen.

Macdonalds Regierungsorgan **„Daily Herald"** dagegen deckt das niederträchtige Machwerk der Simon-Kommission ohne jeden Vorbehalt.

Parteitag der KP. der Schweiz

Basel, 11. Juni. An den Pfingsttagen fand in Basel der **V. Parteitag der KP. der Schweiz** statt. Rund 140 Delegierte nahmen am Parteitag teil. Am Sonnabend fand die Begrüßung des Parteitages und des Roten Jugendtreffens in einer großen öffentlichen Kundgebung der Basler Arbeiterschaft statt, auf welcher zahlreiche Betriebsarbeiter Ansprachen hielten. Während der Versammlung drangen 300 Polizeibeamte in das Lokal ein, verhafteten ämtliche Mitglieder der Arbeiterschutzwehr sowie die Genossen **Bodemann, Welin, Arnold** und **Wieser.** Das Vorgehen der Polizei löste unter den versammelten Arbeitern die größte Empörung aus, worauf die Polizei mit Gummiknüppeln auf die Menge einhieb.

In der Diskussion auf dem Parteitag wurde schärfste Kritik an der bisherigen opportunistischen Politik der Parteiführung sowie an den schweren Fehlern, welche bei den selbständig geführten Wirtschaftskämpfen begangen wurden, geübt. Nachher wurde das neue Zentralkomitee einstimmig gewählt. Das neue ZK. besteht zu vier Fünfteln aus Betriebsarbeitern. Der Vertreter der Komintern hielt an den Parteitag eine Ansprache, die von den Delegierten mit großer Begeisterung aufgenommen wurde.

Polen spielt mit dem Feuer des Krieges

Provokatorische Antwortnote an die Sowjetunion

Warschau, 11. Juni. Die am 5. Juni, mehr als einen Monat nach dem vereitelten Bombenanschlag auf die Sowjetgesandtschaft in Warschau, in Moskau überreichte polnische Antwortnote an die Sowjetregierung, wurde gestern veröffentlicht. Die Note ist völlig nichtssagend. Sie stellt lediglich fest, daß die polnischen Behörden „trotz energischer Untersuchung" kein Ergebnis erzielt hätten. Trotz der Schwierigkeiten würden die Nachforschungen „mit Energie fortgesetzt" werden. Es sei „zu hoffen", daß sie einen Erfolg zeitigen. Die Note schließt mit der „festen Versicherung", daß Polen für die Sicherheit der in Polen lebenden offiziellen Vertreter der Sowjetunion „völliges Verständnis" besitze.

★

Diese polnische Note ist ein **niederträchtiger Hohn** auf die bewußte Friedenspolitik der Sowjetunion. Sie ist geradezu eine Provokation. Sie schweigt sich aus über die von der Sowjetregierung erhobene Forderung, über den Verlauf der Untersuchung informiert zu werden. Sie geht mit keinem Wort auf das provokatorische Verhalten der polnischen Untersuchungsbehörden ein, die trotz anfänglicher Zusage die Beteiligung eines Vertrauensmannes der Sowjetregierung an der Untersuchung zurückwiesen. Mit keinem Wort erwähnt die Note auch nur die Rolle der **weißgardistischen Organisationen** in Polen, deren Auflösung gefordert worden war. Die polnische Regierung denkt nicht daran, diesen Organisationen auch nur ein Haar zu krümmen.

Diese Tatsache findet eine eigenartige Illustration durch eine Veröffentlichung der Krakauer Kurjer Poranny Ilustrowany". Nach diesem Blatt soll der Anschlag auf die Sowjetgesandtschaft von einer in Danzig konzentrierten weißgardistischen Organisation „Russische Wahrheit" organisiert worden sein, deren Führer ein gewisser Adamowicz ist.

Die „Prawda" weist darauf hin, daß dieser Adamowicz zu den Personen gehöre, deren Ausweisung die Sowjetregierung nach der Ermordung Wojkows verlangt habe. Die Mitteilung des Krakauer Blattes sei offenbar auf Veranlassung des polnischen Generals erfolgt, der damit auf seine Art die Sowjetnote beantwortete. Die „Prawda" betont, es handelt sich hier nicht um lächerliche Provokationen der polnischen Ochrana, die sich eifrigst bemühe, die Spuren ihrer dunklen Arbeit zu verwischen, sondern um die zielbewußte Vorbereitung des sowjetfeindlichen Krieges.

Blutiger Polizeiterror in Oesterreich

Rotes Pfingsttreffen trotz Verbot — Versammlung mit dem Bajonett auseinandergehauen — Eine große Zahl Arbeiter verletzt

Wien, 10. Juni. Trotz Verbot der Schober-Regierung führte der kommunistische Jugendverband im Traisen Tale ein wuchtiges Pfingsttreffen durch. Aus Steiermark, Kärnten, Oberösterreich waren Jungarbeiter auf Lastautos zum Roten Treffe herbeigeeilt. Unter dem Druck der Massen mußte die Regierung die Abhaltung einer Versammlung in einem geschlossenen Saal zubilligen. Als jedoch in diesem ein **Regierungsvertreter erschien, um in provokatorischer Weise die Versammlung zu überwachen,** protestierten die anwesenden Arbeiter auf das entschiedenste und erzwangen seinen Abzug. Nach Eröffnung der Versammlung erschien der Regierungsvertreter wieder. Diese Provokation wurde damit beantwortet, daß er sowie der Gendarmeriekommandant verprügelt und die Treppe hinuntergeworfen wurden. Das Versammlungslokal war von der Gendarmerie umgeben, die jetzt in den Saal einzudringen versuchte.

Die Arbeiter setzten sich gegen diesen bewaffneten Ueberfall zur Wehr, indem sie mit Bierglasern, Flaschen und Stühlen die Gendarmen bewarfen. Der Gendarmeriekommandant gab darauf das **Signal zum Schießen.** Ein Gendarm jedoch rief: **„Nicht schießen!",** und es wurde tatsächlich nicht von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Dafür aber

räumte die Gendarmerie mit dem Bajonett den Versammlungssaal, wobei eine große Zahl der Teilnehmer verletzt wurde.

Alle Versammlungsteilnehmer wurden als verhaftet erklärt und abgeführt. Der Zug marschierte, revolutionäre Lieder singend, eskortiert von der Polizei, durch den ganzen Ort. Es kam dabei zu **begeisterten Sympathiekundgebungen der Traisener Arbeiterschaft** für die Verhafteten. Diese wurden in den Hof der Traisener Feinstahlwerke geführt. Auf dem Fabrikschlot dieser Werke wurde eine rote Fahne gehißt. Auch die Fabrik war von den Traisener Arbeitern umgeben, die sich mit den Verhafteten verbrüderten.

Eine große Zahl der Versammlungsteilnehmer wurde sofort den Gerichten vorgeführt und abgeurteilt. Eine andere Zahl von Verhafteten wurde den Kreisgerichten wegen Verbrechen an der öffentlichen Gewalt eingeliefert und befindet sich noch heute in Haft.

Die große Masse der Versammlungsteilnehmer wurde darauf mit der Bahn abtransportiert. **Am Bahnhof kam es wiederum zu Zusammenstößen mit der Gendarmerie.** Auch eine Zahl von Lastautos mit Teilnehmern aus der Steiermark und Kärnten, die zum Pfingsttreffen fahren wollten, wurden von der Gendarmerie abgehalten und gezwungen, wieder zurückzufahren.

Metallarbeiterstreiks in Belgien

Brüssel, 11. Juni.

Der Metallarbeiterstreik in Gent, an dem **5000 Arbeiter beteiligt** sind, geht mit Erfolg weiter. Der Streik richtet sich gegen die Absicht der Unternehmer, die Teuerungszulage abzubauen. Bisher haben 29 kleine Firmen den Arbeitern zugestanden, die Teuerungszulage von zwei Franken im Tage nicht aufzuheben. Aber die großen Firmen zeigen sich weiter unnachgiebig.

In Molenbeek, einer Vorstadt von Brüssel, sind die Arbeiter eines Betriebes in den Streik getreten; sie fordern eine Lohnerhöhung um 5 Prozent.

In Auxbroeck haben sich die Arbeiter der großen elektrischen Werkstätten im Grundsatze für einen Streik ausgesprochen. Auch in Löwen bekunden die Arbeiter die Absicht, sofort in den Streik zu treten.

Massenentlassungen und Kurzarbeit im englischen Bergbau

London, 11. Juni. Die Krise im Kohlenbergbau verschärft sich immer mehr. In **Derbyshire** und **Nottinghamshire** müssen die Arbeiter mehrere Tage feiern. **Die Schließung einer Anzahl der größten Gruben steht bevor,** wodurch die Zahl der Arbeitslosen in England eine weitere beträchtliche Steigerung erfahren wird.

Copyright by Agis-Verlag, Wien-Berlin.

76. Fortsetzung

Am zweiten Tag kommt Walter. In Berlin, in Hamburg, in Dresden, in vielen Städten Deutschlands stehen die Räder.

„Wie ist die Stimmung?"

„Gut. — Hoffentlich halten sie aus!"

Ich will Sophie nicht verlassen, solange sie liegen muß. Aber am vierten Tage gehe ich. Sie selbst will es so.

★

Es hagelt Gestellungsbefehle, die Betriebe werden militarisiert, die beurlaubten Soldaten erhalten durch militärische Bekanntmachungen Befehl, die Arbeit aufzunehmen oder sich ihrem Truppenteil zu stellen.

Werden sie sich schrecken lassen vor der Drohung mit der Strafe?

Ich erwarte Langenscheid. Er kommt auch. Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes kommen und gehen in das Vereinszimmer. „Wie steht's", fragt ihr stummer Blick, jeden Tag.

Und jeden Tag dieselbe Antwort: „Durchhalten!"

Sie gehen wieder, den Gestellungsbefehl in der Tasche. Sie fühlen, wie sich die Krallen des Militarismus über ihnen krampfen. Wenn sie geholt werden, einzeln, mit aufgepflanztem Gewehr, was dann?

Langenscheid sagt: „Die Bewegung läuft um den toten Punkt herum, wer das nicht sieht oder nicht sehen will, ist ein naiver Trottel oder ein bewußter Saboteur. — Wir haben nachher Sitzung, kommst du mit?"

„Ja!"

★

„Die Bewegung steht gut", berichtet Riedel. „Die Einigkeit darf nicht wieder zerbrochen werden. Auch die Mehrheitssozialdemokratie wird sich dafür einsetzen, daß die Gestellungsbefehle rückgängig gemacht werden."

Langenscheid kämpft wie ein Löwe:

„Kollegen! Jetzt ist die Machtfrage aufgerollt. Es liegt im Wesen der Dinge, daß es hier nichts mehr ‚einzusetzen', nichts mehr zu verhandeln gibt. Jetzt heißt es ‚aussprechen, was ist'. Wenn die Arbeiter wieder in die Betriebe gejagt werden — durch irgendeinen Schacher — werden wir alle nach ‚Kriegsrecht' abgeurteilt. Wißt ihr denn nicht, was ihr tut? Jetzt heißt es, die Arbeiterschaft zur offenen Rebellion aufzurufen, zur Solidarität mit den Urlaubern. Der Streik wird sinnlos, wenn ihm das Ziel genommen wird. Jetzt muß der Belagerungszustand fallen. Jetzt müssen Flugblätter unter die Soldaten. Jetzt müssen wir den Arbeitern offen sagen, daß die Frage steht: Sieg oder Niederlage! Jetzt müssen wir den Widerstand mit allen Mitteln organisieren. Jetzt müssen wir die Fahne erheben gegen den Krieg. Jetzt müssen wir begreifen, daß der Streik nur ein Anfang war — sonst sind wir verloren! Der Arbeiterrat muß jetzt handeln, schnell handeln."

Langenscheid erhält die Zustimmung der Mehrheit.

Riedel erhebt sich, als hebe er eine schwere Last mit hoch.

„Kollegen! Der Kollege Langenscheid setzt alles auf eine Karte."

„Natürlich — sehr richtig!"

„Kollegen! Wenn wir zum offenen Widerstand gegen die Staatsgewalt auffordern, setzen wir uns selbst ins Unrecht. Wir können nicht nur an die Streikenden denken, sondern müssen versuchen, die öffentliche Meinung auf unsere Seite zu bringen, sonst bleiben wir isoliert. Denkt, welche Verantwortung auf uns lastet."

Die letzten Worte Riedels machen starken Eindruck — aber die Lage ist ungeklärt. Jeder fühlt das Unhaltbare der Situation.

Ein Arbeiter spricht, als wolle er die Stille verscheuchen, von Einigkeit und Zusammenhalten. Nicht wieder den alten Streit ausgraben, das bringt uns nicht weiter! Wenn wir aushalten, sind sie gezwungen, nachzugeben. Blut ist schon genug geflossen!

„Du Arschloch, verzapf deinen Quatsch wo anders!"

„Kollege Krüger, ich muß diese Beleidigungen Kollegen gegenüber zurückweisen."

„Ich bitte ums Wort!"

„Kollege Krüger hat das Wort!"

„Ihr habt scheinbar nichts davon gehört, daß sie schon anfangen, die Genossen aus den Häusern zu holen. Ihr habt noch nichts gemerkt, wie sie dazwischen gedroschen haben. Ihr singt hier noch die Klagelieder von Jeremias, wenn sie hier schon hereinkommen und euch mit dem Kolben über den Schädel wichsen. Himmelkreuzdonnerwetter! Seid ihr denn von allen guten Geistern verlassen? Ihr quatscht hier von ‚Verantwortung', und oben sitzen sie schon zusammen und schieben die Kiste. Wenn es dann soweit ist, reißt ihr Mund und Ohren auf. Wenn die Streikleitung und der Arbeiterrat nicht wissen, was los ist, dann sollen sie nur gleich einpacken. An uns liegt es, zu handeln. Wenn wir in die Löcher kriechen, nützt unser ganzes Gequatsch nichts!"

„Geht das schon wieder los!"

„Immer die Spartakisten und Unabhängigen."

„Laßt euch man von Ebert und Scheidemann wieder einwickeln."

„Wir wollen endlich Einigkeit!"

Riedel: „Kollegen, wir dürfen nicht so fortfahren. Es steht zuviel auf dem Spiel. Wir müssen zur Sitzung. Wenn ihr andere Vorschläge machen wollt: ich will nicht im Wege sein."

„Wünscht noch jemand das Wort? — Dann kommen wir zur Abstimmung, ob die alte Streikleitung des Betriebes weiter das Vertrauen hat."

Eine Minderheit stimmt dagegen. Langenscheid lacht bitter, Krüger schüttelt mit dem Kopf. „Da staunste!" sagt er sarkastisch, zu mir gewandt.

Die Funktionärsitzung löst sich auf. Wir gehen zusammen fort. Militärpatrouillen marschieren durch die Warschauer Straße mit geschultertem Gewehr. Wir gehen um die Ecke, sehen die streikenden Arbeiter an der Mauer auseinandergehen, als die Blauen „Weitergehen!" kommandieren. Der Kriegsbericht kündet von dem „Frieden" mit Rußland und dem „heldenmütigen Widerstand" der deutschen Truppen im Westen. Am Schlesischen Bahnhof steht eine lange Menschenmauer feldmarschmäßig eingekleideter Soldaten, die auf den Zug warten, der sie hinausführt. Wir steigen in die Vorortbahn. Krüger bricht zuerst das Schweigen:

„Was soll nun noch kommen?"

Langenscheid schaut wie gelangweilt auf das Schild im Wagen: „Seid vorsichtig bei Gesprächen, Spionengefahr!" und stellt fest: „Daß wir noch mal Wasser saufen gehen, damit mußte man von vornherein rechnen."

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.

Dresden-A.

Schuh-Oestreich
DAS BILLIGE SCHUHHAUS DRESDENS
7100

Cigarren von „Willi Beutner"
Kauft bei mir! sind viel besser und bedeutend billiger!
6% Dresden, Annenstr. 39, Frauenstr. 3, Wettinerstr. 18, Breitestr. 10 — Pirna, Schössergasse 2, Freiberg, Korngasse 5, Bautzen, Lauengraben 14, Zittau, Rathausplatz 2 — 6%
7064

Hausfrauen
verlangt in Geschäften aller Branchen nur die Rabattmarke des
Allgemeinen Rabatt-Sparvereins Groß-Dresden (E. V.)
Vollgeklebte Bücher werden jederzeit eingetauscht
7082

„Adler" und „Orga"
sind Schreibmaschinen für jeden Gebrauch
7084

Einkehrstelle im Südviertel
Balke Max, Ostbahnstraße 8
7076

Photo-Schönfeldt
Amalienstraße 10
7075

Offenbacher Lederwaren
Amalienstraße 24, Alaunstraße 13
7074

Oscar Ziegenbalg
Kaffee-Rösterei
Annenstraße, Ecke Sternplatz
Zweiggeschäft: Alaunstraße 23
Kötzschenbroda, Bahnhofstraße 11
Das Haus der bill. Volkskaffees
6977

Reunion Cigaretten
Edle Gela 5 Pfg. 6 Pfg. sehr mild
7062

Strümpfe, Trikotagen, Wäsche, Nähartikel
Margarete Petrich
Uhlandstraße 19
7078

Musikinstrumente **A. Lorenz**
Zubehör und Reparatur
Lüttichaustraße 6 Telefon 10139
7066

Auf Kredit
Möbel / Wäsche / Herren- und Damenkonfektion / Schuhwaren / Federbetten
A. Schnaps
Gr. Brüdergasse 16, I
6418

Mk. 500 Belohnung Garantieschein
Für alle von mir geführten spanischen Süßweine, wie Tarragona, Malaga, Moscatel usw. übernehme ich volle Garantie, daß diese Weine original spanischer Herkunft sind. Ich bin in der Lage, jedermann diese Garantie geben zu können, da die Weine von mir selbst direkt aus Spanien, ohne jeden Zwischenhandel bezogen werden. Für Insel Samos und Insel Madeira übernehme ich gleichfalls jede Garantie. Ich zahle die obengenannte Belohnung, wer mir das Gegenteil beweist.
Verlangen Sie beim Einkauf von spanischen Süßweinen einen Garantieschein, wie Sie bei mir erhalten.
Soler-Wein-Großhandlung
Wettinerstraße 48
7080

MÖBEL komplette Einrichtungen, Einzelmöbel
1/10 Anzahlung — 24 Monatsraten
OTTO FIETZE vorm. S. Gottlieb G. m. b. H.
Grunaer Str. 2 Freiberger Str. 4
6643

Vervielfältigungs-Apparate
und deren Zubehör wie: Farben, Deckschablonen, Saugpapier sowie alle Büromaschinen und Bedarf billigst bei
Arthur Hessel
Kreuzstraße 6 / Telefon 23630
6627

Gummiwaren, Verbandstoffe, Notverbandkästen, Inhalierapparate, Krankenfahrstühle, Nachtstühle und sämtl. Art. z. Krankenpflege
Knoke & Dreßler
Johannstraße
Ecke Pirnaischer Platz
Blaulichtstrahler, Hochfrequenzapparate, Höhensonnen, Galvanische Apparate (auch mietw.) Vibrationsapparate u. alle Krankenartikel
7083

Stadtbekannte, bill. Bezugsquelle sämtl. Kolonialwar.
7% Rabatt oder 4% sofort in bar
F. Moisberger, nur Rosenstr. 8
6988

MOEBEL vom **Briesnitzer-Möbel-Richter** sind gut und billig!
Verkaufs- u. Ausstellungsräume **Amalienstraße 12**
6547

Brüder-Drogerie
Große Brüdergasse 18
Spezialität: Farben, Lacke, Pinsel
6412

Wäsche-Rämisch Wettinerstraße 6
Haus- u. Küchenwäsche, Inlette u. Bettleder
Gute Qualitäten / Niedrigste Preise
6402

Das echte Kulmbacher Bierhaus
Alt-Gaßmeyer
Die führende bayr. Bierstube
Dresden, nur Schloßstr. 21
Direkte Bierkeller-Kühlung
Keine Eis-Biere
Tel. 20755 Bes. H. Weiße
7096

Lebensmittelgeschäft Paul Dierich
Frauenstraße 12, Telefon 19077
Billigste Einkaufsquelle
7087

Kauft beim Inh. Hofl & Co.
Schubwegar Platz 22/24
6616

Leinen-, Baumwoll- u. Bettfedernhaus, Bettfedern-Reinigung
Osmar Fröhner
Freiberger Platz, Fernruf 27892, Gegr. 1868
Edeka-Rabatt 6%
6618

Emil Gemeinhardt
Webergasse 6
Lebensmittel, Nudeln, Makkaroni, Honig, Kaffee,
6 Prozent Rabatt
7101

Ruf 18877 — BUTTER — Gegründet 1907
Bitte verlangen Sie in allen einschlägigen Geschäften die gute Butter von **Butter-Seifert**
Annenstraße 38 und Hauptmarkthalle 157
Größtes Spezialhaus für Stückenbutter
7094

Photographische Großhandlung
en gros **K. Hentschel** en detail
Schloßstraße 15, I
Billigste Bezugsquelle für Leser dieser Zeitung
7097

Handelshaus für Nahrungsmittel
sowie für Nährmittel der Kinder- u. Kranken-Beköstigung
Fernruf 21035 Gegr. 1797
Max Wagner, Schefflestr. 30
Rabatt 6 Prozent
7099

Drogerie Hermann Roch
Altmarkt 5
7090

Butter-Spezialgeschäft
Kurt Moh, Falkenstr. 7
7085

Ein Paket feines, garantirt reines Salmiak-Terpentin Seifenpulver
von hervorragender Reinigungskraft aus der Fabrik von Emil Lötzsch, Dresden-A.
7091

Zoologische u. Zierfisch-Handlung
Herbert Hübner
Moritzstraße 13 / Telefon 16422
6614

Hermann Heppner Rosenstraße 31
Spezialfabrik für Makronen
6610

E. G. Schwertner
Spezialgeschäft
Farben, Lacke, Pinsel
Malermstraße 8 Telefon 19465
6611

Die kleine Bohne „C"
Vom Hause Klemm-„Kaffee"
Der volkstümliche Kaffee
Man verlange nur Originalpackung und weise jede andere Packung als Täuschung zurück
Webergasse 39
7086

Reserviert

Hausfrauen!
seid praktisch und schlau
kauft in den Geschäften von E&V
6% Rabatt
Ein- u. Verkaufsverein
Dresdner Kolonialwaren- und Produktenhändler e. G. m. b. H.
ca. 900 Geschäfte
7243

Drogerie B. Wünning
Jahnstraße 1
6411

J. Brendel, Neue Gasse 48
Briefordner, Schnellhefter, Klemmrückmappen
7086

Sanitätshaus Frauenhilfe
16 Pillnitzer Straße 16
7095

Färben — Reinigen
Gebr. Berthold / Dampffärberei
Theinlichstraße 8, Gabelsbergerstraße 16
7094

Hausfrauen kauft Braune'sches Brot

Brotfabrik Gebr. Braune, G. m. b. H.
6613

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Kurt Lindner, Malermstraße 12
vis-à-vis dem Arbeitsamt
6612

Hermann Gruber
Annenstraße 14 / Annenstraße 9
Rosenstraße 41
Schokoladen u. Zuckerwaren
en detail / Bekannt f. billig u. gut / en gros
6608

Härtigs Drogerie
Rosenstraße 24 und 47
Drogen, Farben, Photoartikel
6605

Auf Teilzahlung
am günstigsten bei
WECEGE
Warencreditges.
9, I Amalienstraße 9, I
6549

Original OAE Amerikan. Expreß
Sie können darauf warten!
Uns. Rekordmaschinen besohlen und reparieren Ihre Schuhe sorgfältig — billig — prompt
Original Amerikan. Expreß-Schuhreparaturen
Dresden
Wettinerstraße 28, gegenüber Schuh-Neustadt, Ruf 16158
Alaunstraße 1, Ecke Böhmische Straße, Ruf 57650
Kesselsdorfer Straße 17, im Hause der Li-Mu, Ruf 28873
Amalienstraße 12, gegenüber der Ehape, Ruf 28736
6418

Franz Elström
Lacke / Farben
Spezialgeschäft
Gr. Zwingerstr. 22 / Tel. 21220
6619

Feuerwerk, Wachstackeln
billigst. Drogerie Franz Schaal, Dresden, Annenstraße 21 und Alaunstraße 11
6621

Konditorei und Feinbäckerei
Alfred Beger
Gr. Brüdergasse 13, Ruf H. 27955
6622

Bürgerkasino
Täglich Konzert und Kabarett-Vorstellung / Anfang 16.30 Uhr
Große Brüdergasse 25
6625

Lebensmittel — Obst — Südfrüchte
Paul Linke, Inh. Martin Böhme
Uhlandstraße 11
7077

Alles staunt
über unsere Angebote in Herrenbekleidung. Kommen Sie u. überzeugen Sie sich.
„Dresdner Bekleidungsgeschäft"
Webergasse 18
7041

Joseph Juraske
Freiberger Platz 24, Tel. 22956 · Liköre, Weinbrand, Rum und Korn, diverse Weine und Fruchtweine
6617

Moritz Richter Josephinenstraße 5
Herren- und Damen-Frisiersalon
Spezialität: Bubikopfpflege
6615

Tuchhandlung Curt Müller & Co.
Dresden-N., Hauptstraße 23, I
6652

Reserviert Nr. 22
6676

Felsenkeller-Gaststätten
Dresden-Plauen
Beliebter Ausflugsort im Plauenschen Grunde
7017

J. M. Schmidt & Co., Neumarkt 12
Aelteste Dresdner Kaffee-Groß-Rösterei 6% Rabatt
6068

Spezial-Geschäft für Wander-, Kletter- und Winter-Sport
Heinrich Fuhrmann jetzt Georgpl. 12
6840

Motorräder
Generalvertretung für Standard, Tornax, Windhoff, Mabeco, Opel sowie Vertretung der Hanomagwagen
Leonhard Kreß
Dresden-A., Grunaer Straße 31
Spez.-Reparaturwerkstatt, Steinstr. 5
7068

?Wenn's keiner macht?
Oswald Machts!
Möbel aller Art
Hauptlager: Kaulbachstraße 31, I
Ecke Pillnitzer Straße
Zahlungserleichterungen
6850

Tuchhaus Pörschel
Dresden-Altstadt, Ruf 13725, Scheffelstraße 21
Herren-Damen-Futter-**Stoffe**
Billardtuche, Schreibtischtuche, Filztuche, Uniformtuche, Wollfriese
Gute Maßschneider werden nachgewiesen
7098

Haunstein Nachf. Wiedner
Eisenwarenhandlung, Annenstr. 12 / Werkzeuge, Herde, Haus- und Küchengeräte / Das Haus der Billigkeit
7095

Trinkt MERKUR-KAFFEE
Kaffee Grosse „Merkur", Willy Schrockenbach
Jahnstraße 2 Fernsprecher 12241
7103

Kauft bei unseren Inserenten!